

Liberales und Demokraten der ersten Stunde

Baden-Württemberg hat als Bundesland eine große und historisch gewachsene demokratische Tradition. Dass an diese nach den Schrecken von Weltkrieg und Nazi Herrschaft angeknüpft werden konnte, ist auch liberalen Frauen und Männern zu verdanken, die sich für den Aufbau von Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und wirtschaftlicher Stabilität tatkräftig einsetzten.

In diesem Buch werden Biographien verdienter Frauen und Männer in kurzweiliger Form dargestellt, die das liberale Stammland Baden-Württemberg geprägt haben.



Liberales und Demokraten der ersten Stunde

Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg

Schriftenreihe der Reinhold-Maier-Stiftung zur Geschichte,
Praxis und Programmatik des Liberalismus in Baden-Württemberg,
Band 35

Liberales und Demokraten der ersten Stunde

© *Stuttgart 2013*

Herausgeber:

Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg
Rotebühlstraße 64
70178 Stuttgart
E-Mail: post@reinhold-maier-stiftung.de
Gestaltung und Satz: Markus Lochmann
Druck: Gottlob Hartmann GmbH, Stuttgart

Inhalt

Vorwort	
<i>von Prof. Dr. Ulrich Goll MdL</i>	7
Elly Heuss-Knapp (1881–1952)	
<i>von Jan Havlik</i>	9
Theodor Heuss (1884–1963)	
<i>von Jan Havlik</i>	12
Margarete Fischer-Bosch (1888–1972)	
<i>von Jan Havlik</i>	15
Reinhold Maier (1889–1971)	
<i>von Jan Havlik</i>	18
Otto Gönnerwein (1896–1963)	
<i>von Jan Havlik</i>	22
Karl Georg Pfeleiderer (1899–1957)	
<i>von Jörg Brehmer</i>	25
Wilhelm „Willy“ Stahl (1903–1989)	
<i>von Jan Havlik</i>	32
Wolfgang Haußmann (1903–1989)	
<i>von Jan Havlik</i>	36
Theodor Eschenburg (1904–1999)	
<i>von Jan Havlik</i>	39
Johann Peter Brandenburg (1905–1977)	
<i>von Jan Havlik</i>	42
Eduard Leuze (1906–1973)	
<i>von Jan Havlik</i>	46
Walter Erbe (1909–1967)	
<i>von Jochen Merkle</i>	50
Emmy Diemer-Nicolaus (1910–2008)	
<i>von Jan Havlik</i>	55
Hermann Müller (1913–1991)	
<i>von Jan Havlik</i>	59

Vorwort

von Prof. Dr. Ulrich Goll MdL



Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, Quelle: FDP/DVP-Fraktion

Die Gründung Baden-Württembergs im April 1952 ist der erste und bisher einzige Zusammenschluss von Ländern in Deutschland. Diese Geschichte des Erfolges begann inmitten der Trümmer und des Leides des Zweiten Weltkriegs. Ein solch ambitioniertes Vorhaben benötigt viele Faktoren, um es politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu einem Erfolg zu machen. Der Fleiß und der Lebenswillen der Menschen in diesem Land, die Bereitschaft, die Herausforderungen nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und dem menschenverachtenden Unrecht des Nationalsozialismus anzunehmen und die demokratischen und freiheitlichen Traditionen des deutschen Südwestens waren wichtige Voraussetzungen, um die Geschichte Baden-Württembergs vielversprechend zu beginnen. Es benötigte aber gerade in diesen schweren Zeiten Männer und Frauen, die bereit waren, demokratische Politik wieder mit Leben zu erfüllen. Dies

war ein Wagnis, ständig kritisch beobachtet von den Besatzungsbehörden und umgeben von einer Bevölkerung, die um das Überleben kämpfte und von Politik wenig wissen wollte. Wo staatliche Institutionen noch weitgehend an ihren Anfängen standen, wo tausende Menschen als Flüchtlinge versorgt und beheimatet werden mussten und wo das Vertrauen in Recht und Gesetz zerstört war, spielten Persönlichkeiten eine entscheidende Rolle. Dies waren Politikerinnen und Politiker, die heute noch bekannt sind, wie etwa der erste Bundespräsident Theodor Heuss, der erste Ministerpräsident des neugegründeten Bundeslandes, Reinhold Maier, oder auch Elly Heuss-Knapp, die als Gründerin des Müttergenesungswerkes in Deutschland bis heute noch bei vielen Menschen präsent sind. Mit dieser Broschüre will die Reinhold-Maier-Stiftung aber auch die Erinnerung an jene bewahren, die die ganze Breite der politischen Persönlichkeiten und ihrer Biographien zeigen. Darunter finden sich Männer und Frauen, die für die geistige Entwicklung Baden-Württembergs grundlegend waren, echte Frauen und Männer des Volkes, die Vertrauen in die Demokratie wiedergaben und eine Vielzahl an Lebensläufen, die in schweren Zeiten eine humane und aufrichtige Haltung widerspiegeln. Alle eint sie der Wille und die Bereitschaft, die Tradition Baden-Württembergs als Stammland des Liberalismus weiter fortzuführen und mit Leben zu erfüllen. Es ging diesen Männern und Frauen nicht um Pathos und Nachruhm, sondern um die Gewissheit, in schwierigen Zeiten das Richtige zu tun und für ihre Überzeugungen gerade zu stehen. Umso wichtiger ist es, die Erinnerung daran wachzuhalten und damit an die Erkenntnis, dass Recht und Freiheit, Wohlstand und eine offene Gesellschaft keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern auch dem hartnäckigen Willen, dem Fleiß und der tiefen Überzeugung von Liberalen und Demokraten der ersten Stunde in Baden-Württemberg zu verdanken sind.



Prof. Dr. Ulrich Goll MdL

Vorsitzender des Verwaltungsrats der Reinhold-Maier-Stiftung,
Justizminister a.D.

Elly Heuss-Knapp (1881–1952)

von Jan Havlik



Elly Heuss-Knapp, Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1984-013-25 / CC-BY-SA

Das Jahr des 60. Gründungsjubiläums des Landes Baden-Württemberg ist zugleich das Jahr, um am 19. Juli an den 60. Todestag von Elly Heuss-Knapp zu erinnern. Sie ist vielen Menschen bekannt als die Ehefrau des ersten Bundespräsidenten. Doch sie darauf zu reduzieren, schätzt diese starke Frau zu gering ein.

Elly Knapp wurde am 25. Januar 1881 in Straßburg geboren, das damals zum Deutschen Reich gehörte. Bereits ihr Elternhaus legte den Grundstock für eine unkonventionelle Biographie, die so gar nicht dem entspricht, was eine junge Frau im 19. Jahrhundert erwarten sollte: Ihr Vater, Friedrich Georg Knapp, war renommierter Nationalökonom und später Rektor der Universität Straßburg, die Mutter Lydia, geborene von Karganow, stammte aus einem russifizierten armenischen Adelsgeschlecht und war bereits im Alter von achtzehn Jahren nach Leipzig gekommen, um dort National-

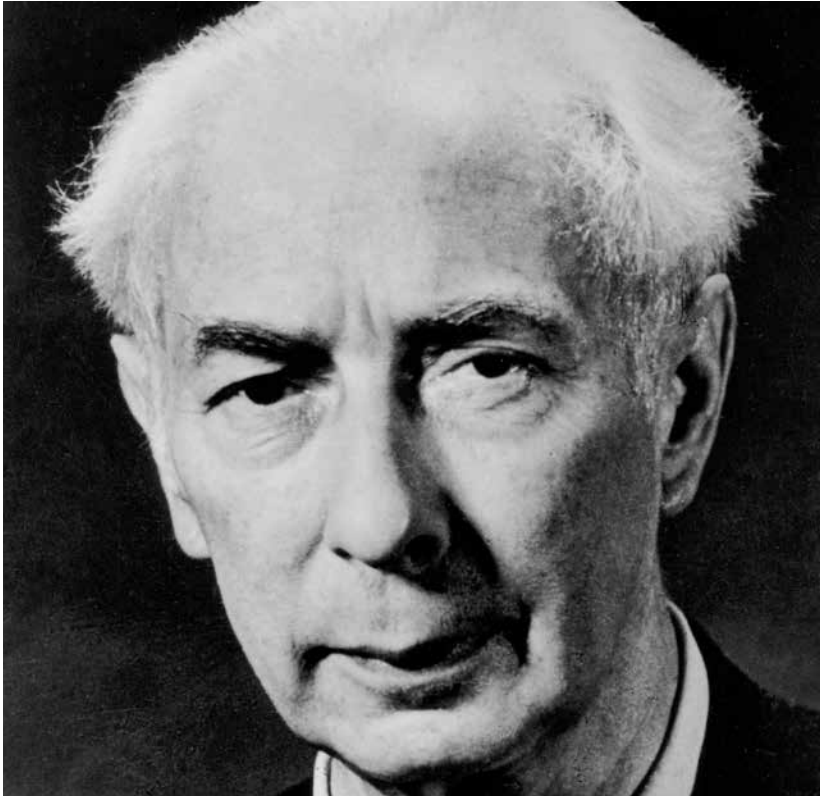
ökonomie zu studieren. In dieser weltoffenen und geistig aufgeschlossenen Atmosphäre wuchs Elly Knapp als selbstbewusste Frau heran. Die wenigsten Menschen wissen, dass die Frau des ersten Bundespräsidenten das blaue Blut einer armenischen Prinzessin in den Adern hatte. Nach der Höheren Mädchenschule besuchte sie das Lehrerinnenseminar und schloss mit dem Examen ab. Mit knapp zwanzig Jahren war sie in ihrer Heimatstadt als Lehrerin tätig und gründete dort eine Fortbildungsschule für schulentlassene Mädchen. Dies war in einer Gesellschaft, in der Bildung für Frauen kaum als wichtig erkannt worden war, ein wichtiger Impuls. Ehrenamtlich widmete sie sich in dieser Zeit bereits der Armenpflege. Sie ging ihren Bildungsweg weiter und studierte zunächst in Freiburg, später in Berlin Nationalökonomie. 1908 heiratete sie den zwei Jahre jüngeren Theodor Heuss. Sie wurden in Straßburg von dem Arzt, Theologen und späteren Nobelpreisträger Albert Schweitzer getraut. Sie zogen nach Berlin wo später der Sohn Ludwig zur Welt kam. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete Elly Heuss-Knapp als Lehrerin an verschiedenen Schulen Berlins. In dieser Zeit wurde sie politisch aktiv und begann als Werbetexterin. Der überparteilich eingesetzte Spruch „Frauen werbt und wählt, / jede Stimme zählt, / jede Stimme wiegt, / Frauenwille siegt!“ anlässlich der ersten Wahlen, an denen nun auch Frauen teilnehmen durften, fand weite Verbreitung. Sie kandidierte in Berlin für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) für die Nationalversammlung in Weimar 1919 und für den Reichstag 1920. Sie schaffte jedoch den Sprung ins Parlament nicht. 1923 zog sie sich aus inhaltlichen Gründen aus der Parteiarbeit zurück; es ging um die Frage der Konfessionsschulen, die sie befürwortete. Mit dem Beginn der NS-Zeit verlor sie ihre Lehrbefugnis und ihr Mann den Lehrstuhl für Politik und sein Reichstagsmandat. Da Theodor Heuss mit einem weitreichenden Publikationsverbot belegt wurde, kam auf sie die Aufgabe zu, für die Familie zu sorgen. Sie schaffte dies und arbeitete als Werbetexterin für große und bekannte Firmen und Marken wie Reemtsma, Knorr, Persil oder Nivea. Dabei war sie auf diese Idee eher zufällig gekommen, da ihr Vetter, Besitzer der Wybert-Saba-Werke in Basel (der Produzent der heute noch im Schwäbischen als „Wybertle“ bekannten und beliebten Hustenpastillen), sie 1933 um einen Spot für das damals noch neue Medium Radio bat. Sie kam auf die Idee des gesungenen Markennamens

und ließ diese Idee patentieren. Der Radio-Jingle war geboren! Bei einem Rundgang durch die Gedenkstätte im ehemaligen Wohnhaus des Witwers Heuss im Feuerbacher Weg 46 in Stuttgart gehören diese Werbungen zu den vielen interessanten und hier auch amüsanten Höhepunkten. Nach 1945 waren Elly Heuss-Knapp und ihr Mann bereit, am demokratischen Wiederaufbau aktiv mitzuwirken. 1946 wurde Elly Heuss-Knapp in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt (der amerikanisch besetzte Teil des heutigen Baden-Württembergs). Hier konnte sie ihre Erfahrung im Bereich der Wohlfahrtsgesetzgebung und Kulturpolitik einbringen. Sie betonte in zahlreichen Ansprachen und Vorträgen den karitativen Geist der Wohlfahrt, der neben der staatlichen Hilfe greifen müsste. Bei vielen Deutschen, Vertriebenen, Emigranten und Ausländern hatte ihre Stimme Gewicht, verkörperte sie doch das andere, bessere Deutschland, das die Jahre des Unrechts unter den Nazis überdauern konnte.

Nach der Wahl ihres Mannes zum Bundespräsidenten gab sie ihr Mandat auf und wurde zur ersten „First Lady“ in Deutschland. Auch hier schuf sie Maßstäbe, denn sie verstand ihr Amt keineswegs nur als repräsentative Begleiterin ihres Mannes, sondern legte einen Grundstein für soziales Engagement in dieser Funktion. Auf die Bedenken aus der CDU, Theodor Heuss wäre nicht besonders kirchenfreundlich, sagte Konrad Adenauer: „Er hat eine christlich denkende Frau. Das genügt.“ 1950 gründete sie die Elly-Heuss-Knapp-Stiftung, die heute unter dem Namen Müttergenesungswerk bekannt ist und Frauen wichtige Unterstützung gewährt. Diese starke Frau mit kundigem Blick für die Sorgen und Nöte der Mitmenschen, die als engagierte Demokratin und Kämpferin für die Idee der Freiheit und Eigenverantwortung auftrat, war für die liberale Sache und ganz Deutschland ein Glücksfall und ein Vorbild bis heute.

Theodor Heuss (1884–1963)

von Jan Havlik



Theodor Heuss, Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Wie kaum ein anderer prägte Theodor Heuss den Anfang der Bundesrepublik Deutschland. Als ihr erster Bundespräsident setzte er Maßstäbe für dieses Amt und gab ihm Format. Theodor Heuss jedoch nur als jenen jovialen „Papa Heuss“ zu sehen, greift zu kurz. Sein Leben und seine Arbeit spiegeln viele Aspekte des letzten Jahrhunderts wider.

1884 in Brackenheim als Sohn eines Regierungsbaumeisters geboren, nahm Theodor Heuss den Weg des Bildungsbürgertums. Er besuchte das

humanistische Gymnasium in Heilbronn und studierte in München und Berlin Geschichte, Literatur und Philosophie. 1905 wurde er mit einer Dissertation über Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn promoviert. Seit 1908 war er mit der drei Jahre älteren Elly Heuss-Knapp verheiratet.

Er wirkte als Journalist bei einigen Zeitungen mit. Die Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg wurde von ihm gegründet. Schon früh engagierte er sich politisch bei der Fortschrittlichen Volkspartei. Zu seinen politischen Vorbildern gehörte Friedrich Naumann, nach dem heute die liberale Stiftung benannt ist und für den er 1910 in seiner Heimatstadt Heilbronn Wahlkampf machte. Nach dem Ersten Weltkrieg war er Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei (später: Deutsche Staatspartei), für die er auch im Reichstag saß. Seine ablehnende Haltung zum aufkommenden Nationalsozialismus war eindeutig. Er legte dieses in seinem 1932 in acht Auflagen erschienenen Buch „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“ dar. Die demokratischen Kräfte wurden gegen Ende der Weimarer Republik zusehends marginalisiert. 1933 stimmte die auf fünf Personen zusammengeschmolzene Fraktion der Deutschen Staatspartei im Reichstag Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ zu, das den Weg für die Abschaffung von Demokratie und Recht bereitete. Heuss war ausdrücklich gegen diese Zustimmung, beugte sich aber der Fraktionsmehrheit. Während des Nationalsozialismus wurde Theodor Heuss mit Publikationsverbot belegt und verbrachte diese Zeit im „inneren Exil“. Seine Versuche, weiter als Journalist und Publizist tätig zu sein (seit 1941 war Heuss Mitarbeiter der liberalen „Frankfurter Zeitung“) wurden durch persönliche Verbote verhindert.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Theodor Heuss persönlich von den amerikanischen Besatzungsbehörden ersucht, politische Verantwortung zu übernehmen. Einer Anekdote nach soll ihn eine Delegation in seinem Haus in Heidelberg aufgesucht haben, als er gerade beim Teppichklopfen war. Er sagte ihnen zu, aber nur, wenn sie jemanden hätten, der ihm diese Arbeit abnehmen könnte. Er übernahm schließlich im amerikanischen Besatzungsbereich das Amt des „Kultministers“ („ohne -us“, wie Heuss scherzhaft zu betonen pflegte) und half mit, in

Württemberg-Baden gemeinsam mit seinem Freund Reinhold Maier und Wolfgang Haußmann die „Demokratische Volkspartei“ zu begründen, die die FDP in Baden-Württemberg bis heute noch traditionsbewusst in ihrem Namen führt. Er war Mitglied des württemberg-badischen Landtags und wirkte als Mitglied des Parlamentarischen Rates ab 1948 an der Ausgestaltung des Grundgesetzes mit. 1948 wurde er in Heppenheim erster Vorsitzender der neu gegründeten FDP.

1949 wurde er zum ersten Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Dieses Amt hatte eine wichtige Bedeutung bei der Entstehung der Demokratie in Westdeutschland und wurde nach der verhängnisvollen Rolle des Reichspräsidenten am Ende der Weimarer Republik bewusst machtpolitisch beschränkt und stark repräsentativ gehalten. Der Präsident sollte kein „Ersatzmonarch“ sein, sondern bewusst die Verkörperung der neu entstandenen Republik. Es kam entscheidend darauf an, dieses Amt persönlich mit Klugheit, Integrität und Bürgersinn auszufüllen. Theodor Heuss war dafür ideal. Er verkörperte den politisch erfahrenen und intellektuell feinsinnigen Geist, der Bürgernähe und Bodenständigkeit in das Amt mitbringt. Sein (selbst bezahltes) Wohnhaus ist heute eine Gedenkstätte, die in Stuttgart zur Besichtigung einlädt. Höfische Pracht einerseits und Militarismus andererseits waren Theodor Heuss immer suspekt. Als er 1959 jungen Rekruten der Bundeswehr beim Manöver zusah, rief er ihnen zum Abschied zu: „*Nun siegt mal schön!*“ Als er bei einer Veranstaltung in netter Runde beim Wein saß und von seinen Mitarbeitern aufgefordert wurde, sich zurückzuziehen, sagte er die bekannten Worte: „*Dr Bundespräsident goht Hoim, aber dr Heuss bleibt do.*“ So gab er dem Amt Würde ohne Hochmut und legte damit einen wichtigen Grundpfeiler für die Demokratie, in der wir heute leben International war er der zivile Repräsentant der freiheitlichen Demokratie in Deutschland, die nach Jahren von staatlichem Unrecht und Aggression aus den Trümmern des Weltkrieges wieder ihren Platz in der Staatengemeinschaft bekam. Für die Menschen in Deutschland, die oftmals in hoher persönlicher Not waren, war Theodor Heuss die Verkörperung von Anstand und Menschlichkeit. Dies zeigt seine Maxime „*Dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen*“.

Margarete Fischer-Bosch (1888–1972)

von Jan Havlik



Dr. Margarete Fischer Bosch, Quelle: Bosch-Stiftung, Archiv

Wer lebt eigentlich in Ihrer Nachbarschaft? Das sollten Sie mal genauer erkunden, denn es könnte Auswirkungen auf Ihren weiteren Lebenslauf und Ihre politische Einstellung haben. Margarete Fischer, geborene Bosch, wurde 1888 in Stuttgart als älteste Tochter von Robert Bosch geboren und wuchs in der Rotebühlstraße 145 auf. In der Rotebühlstraße lag die alte Landesgeschäftsstelle der FDP und residieren heute die liberalen Stiftungen, in der Rotebühlstraße 75 B gründete Robert Bosch 1886 mit einem Gesellen und einem Lehrling die „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik“, aus der im Laufe der Zeit der Weltkonzern Robert

Bosch GmbH entstand. In der Nachbarschaft der Boschs wohnten berühmte politische Persönlichkeiten: Der sozialistische Politiker und Philosoph Karl Kautsky und die bekannte Frauenrechtlerin, Marxistin und spätere KPD-Politikerin Clara Zetkin wohnten einige Türen weiter von der Unternehmerfamilie Bosch. Ja, es war hier einiges anders im Königreich Württemberg, in dem Margarete Bosch aufwuchs. Hier fand der erste und einzige internationale Sozialistenkongress auf deutschem Boden im Jahr 1907 unter den Augen und mit Genehmigung des Königs statt. Parallel dazu fand übrigens ebenfalls in Stuttgart die erste internationale Frauenkonferenz statt, zu einer Zeit, als Frauen in Deutschland noch nicht einmal Wahlrecht hatten. Dies war der Ort, an dem eine Unternehmerpersönlichkeit wie Robert Bosch unter dem Einfluss seines Nachbarn Karl Kautsky das Ideal des sozial verantwortlichen Unternehmers lebte, was sich an der Einführung des 8-Stunden-Tages bereits im Jahr 1906 zeigte. Robert Bosch war der erste deutsche Unternehmer, der dies tat, was ihm den Namen „der rote Bosch“ einbrachte. Für Auswärtige musste dieses Nebeneinander verwirrend, ja verdächtig sein. Reinhold Maier hat die besonderen politisch-sozialen Verhältnisse im deutschen Südwesten 1954 so erklärt: „Die Menschen leben enger beieinander und arbeiten näher zusammen. Man kennt sich gegenseitig. Die Standesunterschiede sind geringer. Unternehmer und Arbeiter, aber auch die Bauern erkennen sich gegenseitig in ihrer Bedeutung an. Aus diesem Grund leben wir politisch in einem gesünderen Klima. In Nordrhein-Westfalen sind die Menschen noch nicht so weit, unten nicht und oben nicht. Der Klassenkampfgeist ist dort noch lebendiger, aber auch die Reaktion dagegen.“

Dass Margarete Bosch in Tübingen Staatswissenschaften studieren konnte und 1920 dort promovierte, zeigt, dass sie selbstbewusst ihren eigenen Weg ging. In der Dissertation setzt sie sich im Übrigen mit den ökonomischen Bedingungen des Klassenkampfes auseinander und untersucht die Grundlagen für die Entstehung des Massenproletariats. Die Nachbarschaft tat also offenbar ihre Wirkung. Sie schrieb in der Vorrede ihres Werkes selbstbewusst: „Trotzdem bin ich letzten Endes nicht vom Weg abgeirrt“, und das ist sie tatsächlich nie. Wir können heute das Selbstbewusstsein einer Frau in dieser Zeit gar nicht einschätzen, denn die akademische

Laufbahn war in den Augen der meisten immer noch Männern vorbehalten, die Beschäftigung mit „linker“ Gesellschaftspolitik etwas Unerhörtes. Dass die Familie Bosch später den Nationalsozialisten in einer Haltung gegenüberstand, die als „gebückte Aufmüpfigkeit“ den Menschenschlag im deutschen Südwesten vielleicht am besten charakterisiert, überrascht nicht. Die leise Widerständigkeit der Familie Bosch ist noch heute auf dem sehenswerten Hoppenlau-Friedhof in Stuttgart zu bestaunen. Dass dieser heute noch über einen jüdischen Bereich verfügt, ist Robert Bosch zu verdanken, der diese Ecke des Friedhofs kurzentschlossen zum Teil seines benachbarten Firmengrundstücks erklärte und ihn damit vor der Zerstörung durch die Nazis bewahrte. Es gelang Robert Bosch, viele Menschen vor der Verfolgung durch die Nazis mit der Ausstellung von „Firmenpässen“ zu retten. Theodor Heuss verfasste über Robert Bosch eine Biographie in den Jahren 1942 bis 1945, die aufgrund des Publikationsverbots erst nach dem Krieg erscheinen durfte.

Margarete Fischer, geborene Bosch, arbeitete wissenschaftlich weiter und beschäftigte sich mit Fragen zu Wirtschaft und Gesellschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg schloss sie sich den Liberalen an und war eine von drei Frauen, die zwischen 1950 und 1952 im Landtag von Württemberg-Hohenzollern saßen. Es passte zu ihr, dass sie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss angehörte und sich mit Fragen der Bodenreform beschäftigte. Sie starb Anfang 1972 in Stuttgart, ihr Grab ist auf dem Tübinger Stadtfriedhof. So sehr ihr Lebenslauf in jeder Hinsicht bemerkenswert ist, so gering sind die Spuren, die die Historiker über diese starke liberale Frau finden können. Verewigt ist ihre Person im „Dr.-Margarete-Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie“ des auf Initiative ihres Vaters gegründeten und bis heute ausgesprochen renommierten Robert-Bosch-Krankenhauses in Stuttgart. Der deutsche Südwesten weist politisch manche Besonderheit auf, die wir selbstbewusst vertreten sollten. Die Familie Bosch ist dafür ein gelebtes Beispiel. Ein unkonventioneller Lebenslauf, ein spürbares Interesse für die Menschen und freiheitliches Denken wie bei Dr. Margarete Fischer-Bosch beeindrucken uns bis zum heutigen Tag.

Reinhold Maier (1889–1971)

von Jan Havlik

Im „Haus der Geschichte Baden-Württembergs“ in Stuttgart ist die berühmte Taschenuhr Reinhold Maiers eines der wichtigsten Ausstellungsstücke. Sie zeigt zwölf Uhr und dreißig Minuten, die Uhrzeit, an dem Reinhold Maier als erster Ministerpräsident des neu gegründeten Südweststaats mit „Gott schütze das neue Bundesland“ die Neugründung verkündete. Dieser Akt erfolgte übrigens unter protokollierten Buh-Rufen der CDU-Landtagsfraktion, die Reinhold Maier als Gründungs-Ministerpräsidenten aus den Reihen der FDP/DVP als eine Art „Betriebsunfall“ deutete. Es dauerte ab da fast 58 Jahre, bis die CDU merkte, dass dieses Amt nicht ihr alleine gehört.



Die Taschenuhr von Reinhold Maier, Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Jaeger

Reinhold Maier lediglich als ersten Ministerpräsidenten des Landes zu sehen, ist jedoch zu wenig. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beauftragten die US-Behörden ihn mit dem Amt des Minis-

terpräsidenten des Landes „Württemberg-Baden“, das als Land in der US-Besatzungszone ungefähr die Nordhälfte des heutigen Bundeslandes umfasste. Dieses Amt hatte er bis zu dem Moment inne, als es 1952 in Baden-Württemberg aufging.



Reinhold Maier, Quelle: FDP Baden-Württemberg

Dass Reinhold Maier von den Besatzungsbehörden mit diesem wichtigen Auftrag des demokratischen Wiederaufbaus betraut worden war, hatte Gründe: Der 1889 in Schorndorf geborene Reinhold Maier war mit demokratischer Politik und freiheitlichem Geist seit seiner Jugend erfüllt. Er hatte Rechtswissenschaften in Tübingen und Grenoble studiert und trat bereits 1912 in die Vorgängerpartei der liberalen DDP ein, die in der Weimarer Republik einen demokratischen und liberalen Geist verkörperte. Als niedergelassener Rechtsanwalt fand er schnell Möglichkeiten des politischen Engagements. 1930 bis 1933 war er Wirtschaftsminister in

Württemberg unter dem Staatspräsidenten Eugen Bolz, der später von den Nazis hingerichtet wurde. 1932 und 1933 war er Abgeordneter des württembergischen Landtags und des Reichstags. Die Deutsche Staatspartei, wie sich die liberale Fraktion nun nannte, war zu dieser Zeit nur noch mit fünf Abgeordneten im Reichstag vertreten. Mit der tragischen Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ halfen sie, die Demokratie in Deutschland abzuschaffen und den Weg für den Unrechtsstaat der Nationalsozialisten frei zu machen. Die zwölfjährige Naziherrschaft war für Reinhold Maier aus mehreren Gründen sehr riskant. Zum einen war er den Machthabern politisch verdächtig, zum anderen war seine Frau Gerta Jüdin und daher von der nationalsozialistischen Rassenpolitik stets bedroht. Sie floh – buchstäblich in letzter Minute vor dem Ausbruch des Weltkriegs – mit beiden Kindern nach Großbritannien, wo sie die Kriegszeit verbrachte. Reinhold Maier musste sich im Zuge der zunehmenden Steigerung der politischen Restriktionen von seiner Frau scheiden lassen. Sie heirateten nach der Rückkehr Gerta Maiers 1946 wieder. Reinhold Maier war während dieser Zeit als Anwalt tätig und änderte an seinen politischen Überzeugungen nichts.

Seine praktischen politischen Erfahrungen und seine eindeutige demokratische Haltung waren es auch, die die Amerikaner auf ihn aufmerksam werden ließen. Er selbst hatte im Bombenhagel des Weltkriegs alles verloren, seine Kanzlei war mit allen Unterlagen vernichtet worden. Er war in den letzten Kriegsmonaten in eine Mühle nach Westhausen im heutigen Ostalbkreis geflohen, wo er das Ende des Krieges mitbekam. Es bedurfte einiger Überzeugungsarbeit, um Reinhold Maier für das Amt des Ministerpräsidenten für Württemberg-Baden zu gewinnen. Erst nach der Beteuerung des amerikanischen Befehlshabers Dawson, bei der Regierung handle es sich „nicht nur um einen Katzenschwanz“, der bloßer Befehlsempfänger der Besatzungsbehörden sei, willigte Maier ein. Es lag fortan in der Verantwortung Reinhold Maiers, den Aufbau der demokratischen Gremien zu organisieren und zu begleiten. Ausgehend von einer Landrätetagung, wurde schließlich eine verfassungsgebende Versammlung gewählt, die schließlich in einen Landtag überging und eine Verfassung für Württemberg-Baden ausarbeitete.

Reinhold Maier war sicherlich das, was man heute als „Macher“ bezeichnet. Er brachte seine demokratischen Überzeugungen durch Taten zum Ausdruck. Gleichzeitig brachte er ausreichendes Gespür für politische Taktik mit. Dies zeigte sich im Ausspruch Konrad Adenauers, der meinte: *„Die Württemberger sind jefährliche Leute, der Jefährlichste ist aber Dr. Reinhold Maier.“* Da die CDU als Partei bei der Gründung des Landes Baden-Württemberg innerparteilich erhebliche Schwierigkeiten hatte (der südbadische Flügel stellte sich immer wieder quer), tat Reinhold Maier schließlich den Schritt zur einzig geglückten Länderfusion in der Geschichte der Bundesrepublik. Dies bedeutete zwar, die zahlenmäßig stärkste Fraktion auf die Oppositionsbänke zu verweisen, aber es war die Gelegenheit, um Baden-Württemberg zügig zu schaffen – ein politisches Modell, das sich seither täglich bewährt.



Reinhold Maier, Wolfgang Haussmann und Erich Mende, Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Jaeger

Otto Gönnerwein (1896–1963)

von Jan Havlik



Otto Gönnerwein, Quelle: Archiv des Liberalismus

Bei einer Fahrt durch Villingen-Schwenningen ist vielleicht mancher durch die „Otto-Gönnerwein-Straße“ gekommen. Wohl die wenigsten werden bemerkt haben, dass diese Straße den Namen eines großen Liberalen der Nachkriegszeit trägt. Als ehemaliger Oberbürgermeister der württembergischen Stadt Schwenningen erinnert die „Doppelstadt“ bis heute an ihn. Wie kaum ein anderer verband Otto Gönnerwein die Stärken des liberalen Südwestens: geistige Überlegenheit, Verwurzelung in die Politik vor Ort und im überregionalen Rahmen, Schaffenskraft und den Mut, auch in schwieriger Zeit Verantwortung zu übernehmen.

Richard Otto Gönnerwein wurde 1896 in Heilbronn als Sohn einer Lehrerfamilie geboren. Er absolvierte seine Schulausbildung und studierte zunächst Philosophie, Geschichte und Nationalökonomie und anschließend Rechtswissenschaften in Heidelberg und Tübingen. Er promovierte in Heidelberg mit einer Arbeit über die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens zum Dr. phil., nach zwei Staatsexamina und einer Zeit im württembergischen Staatsdienst im Heilbronner Landratsamt zum Dr. jur. an der Universität Tübingen über die Freiheit der Flussschifffahrt. Heute ist man erstaunt über diese breite Hochschulbildung, die uns in bürgerlichen Biographien bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts immer wieder begegnet. Mancher mag sich fragen, woher die Studenten damals die Zeit hernahmen oder ob sie einfach bloß „gescheiter“ waren? Eine befriedigende Antwort darauf wird es sicherlich nicht geben. Tatsache ist jedoch, dass das Bildungsideal heute andere Formen angenommen hat. Die Fächer sind sicherlich wesentlich komplexer geworden und haben auch ihre Bescheidenheit als Teil einer „Universalgelehrsamkeit“ verloren. Ein Student von heute ist Teil einer vernetzten Welt, die permanente digitale Präsenz erfordert. Vielleicht entdeckt man irgendwann mal wieder, dass Nachdenken Zeit ohne Stecker braucht.

Von 1930 bis 1948 amtierte Otto Gönnerwein als Oberbürgermeister von Schwenningen und sah sich – wie seine Amtszeit mit nicht weniger als drei Regierungsformen in Deutschland beweist – in erster Linie als fachlich überlegener Leiter einer funktionierenden Kommune. Gönnerwein war überzeugter Föderalist und trat nach dem Zweiten Weltkrieg für eine staatliche Neuordnung ein, als er für eine „Alpenkonföderation“ der süddeutschen Länder mit Österreich entlang der Donau warb. Unmittelbar nach dem Krieg habilitierte sich Gönnerwein zum ordentlichen Professor für Rechtsgeschichte und Verwaltungsrecht an der Universität Heidelberg und trat der DVP bei. Als Landtagsabgeordneter von Württemberg-Baden amtierte er 1950 bis 1952, danach in der Verfassungsgebenden Versammlung und schließlich im Landtag von Baden-Württemberg bis zu seinem Tod in Heidelberg 1963. Nachdem Wolfgang Haußmann 1953 Justizminister im Kabinett von Gebhard Müller (CDU) geworden war, wurde Otto Gönnerwein bis 1956 Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

Otto Gönnerweins Biographie ist davon durchzogen, dass er stets mehrere Felder zu verknüpfen verstand. Er genoss nicht nur einen Ruf als zuverlässiger und sachlich fundierter Vertreter der Liberalen, der mit Persönlichkeiten wie Theodor Heuss oder Reinhold Maier in engem Kontakt stand, sondern bis zum heutigen Tage hat er in der juristischen Fachwelt einen Namen. Von ihm stammen grundlegende Werke im Kommunalrecht, sein Rechtswörterbuch wird bis zum heutigen Tag verlegt und zu seinem weiteren Wirkungskreis gehörte auch das Handelsrecht. Nachdem Reinhold Maier am 25. April 1952 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war dies im Landtag von Baden-Württemberg alles andere als eine feierliche Stunde. Grund war in erster Linie, dass mit Reinhold Maier ein Liberaler zum Ministerpräsident gewählt wurde und sich die CDU als stärkste Partei in der Opposition befand. Nach der historischen Gründung von Baden-Württemberg und der Ausrufung des neuen Bundeslandes durch Reinhold Maier begann eine lange Geschäftsordnungs- und Verfassungsdebatte mit zahlreichen Zwischenrufen. Die FDP/DVP-Fraktion schickte mit Otto Gönnerwein ihren fachlich sicherlich besten Mann in dieses Rededuell. Es ist heute noch erfreulich nachzulesen, wie Gönnerwein mit gebotener Kürze und Sachlichkeit der Empörung der CDU die Stirn bot. Verfassungsrechtlich machte er ganz klar, dass die Ausrufung des neuen Bundeslandes und die Wahl des ersten Ministerpräsidenten sehr wohl in einer Sitzung vollzogen werden könnten. Eine Feststellung, der die Gerichte anschließend im Übrigen folgten.

Es stand und steht den Liberalen gut zu Gesicht, wenn sie Fachkompetenz einzubinden wissen. Das hat sich bis zum heutigen Tag nicht verändert. In den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Nazizeit waren es die Grundlagen des Staates und der Gemeinden, die eingerichtet werden mussten. Wie wir bis zum heutigen Tag sehen, ist dies gelungen. Die bedeutende Rolle der Liberalen in ihrem Stammland Baden-Württemberg ist auch der Tatsache zu verdanken, dass sie die „Männer und Frauen des Volkes“, die „Graswurzeldemokraten“ und die fachlich brillanten Köpfe zusammenbrachte. Otto Gönnerwein kann uns darin bis heute ein Vorbild sein, da er den Anspruch erfüllte, dass es der Politik ganz gut tun kann, wenn einer weiß, wovon er spricht.

Karl Georg Pfeleiderer (1899–1957)

von Jörg Brehmer



Karl Georg Pfeleiderer, Quelle: Archiv des Liberalismus

Viele waren am 12. Oktober 1957 nach Stuttgart auf den Pragfriedhof gekommen. Abgeordnete des Stuttgarter Landtags, des Deutschen Bundestages, Staatssekretäre und Minister, Vertreter des Diplomatischen Corps und sogar der Bundespräsident hatte eigens einen Vertreter zur Beerdigung des deutschen Botschafters in Jugoslawien entsandt. Staatssekretär Walter Hallstein – ausgerechnet – hielt die Traueransprache für die Bundesregierung. Mit Karl Georg Pfeleiderer begleitete man an jenem Herbsttag 1957 einen begabten und umsichtigen Diplomat und als Politiker einen der exponiertesten Vertreter einer aktiven Ostpolitik der frühen Bundesrepublik; er hatte das Ziel der deutschen Wiedervereinigung nie aus den vor Augen verloren.

Geboren und aufgewachsen ist Karl Georg Pfeleiderer in Stuttgart. Sein Vater hatte es als selbständiger Metzgermeister in der Württembergischen Haupt- und Residenzstadt zu einem beträchtlichen Vermögen gebracht,

sodass er sich noch vor dem ersten Weltkrieg (1912) als „Privatier“ zur Ruhe setzen konnte. Der am 10. Mai 1899 in Stuttgart geborene Karl Georg wuchs mit einer älteren Schwester und seinen Eltern in der Sattlerstraße der Landeshauptstadt Württembergs auf. Dort besuchte er das nahegelegene Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, meldete sich noch als Schüler 1916 freiwillig in den Krieg und wurde 1917 als Leutnant in Frankreich eingesetzt. Die Matura legte er – wie viele andere auch – als Notabitur 1918 ab, um dann in Tübingen, Leipzig und München von 1919 bis 1922 Rechtswissenschaften zu studieren. In Tübingen war er Mitglied der den süddeutschen Liberalismus prägenden Tübinger Studentenverbindung „Akademische Gesellschaft Stuttgardia“, deren Präsidium er 1920/21 innehatte. Hier traf er viele politische und berufliche Weggefährten wie Eberhard Wildermuth, Reinhold Maier, Konrad Wittwer, Manfred Klaiber und Wolfgang Haußmann, denen er menschlich und politisch verbunden blieb.

Nach Beendigung von Studium, Referendariat und Promotion (mit einer Arbeit über die „Gewerblichen Heimarbeiterinnen“), trat er nach einem halbjährigen Praktikum am Deutschen Generalkonsulat in Mailand am 19. März 1923 in das Auswärtige Amt ein. Schon als Schüler strebte Pfeleiderer in den diplomatischen Dienst und suchte die Nähe zum Adel. In Tübingen war er ständiger Begleiter seines Schul- und Studienfreundes Fritz von Graevenitz, der, wie Pfeleiderer, in den auswärtigen Dienst ging. Pfeleiderers beruflicher Weg führte ihn zunächst nach China (1926–1928) und Russland (Moskau und Leningrad 1928–1933), wo er unter den Botschaftern Herbert von Dirksen und Werner von der Schulenburg diente und zahlreiche Verbindungen, die auch in der Aufbauphase der frühen Bundesrepublik hilfreich werden sollten, knüpfte (u.a. mit Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, Fritz von Twardowski, Giselher Wirsing und Gustav Hilger). Es folgten verschiedene Verwendungen in Berlin (1933–1935). Nach einer Haussuchung und einer kurzfristigen Verhaftung durch die Gestapo im August 1934 unternahm Pfeleiderer einen Selbstmordversuch. Auf dem Gut seines Freundes Hans Hasso von Veltheim-Ostrau erholte und sammelte er sich. Zunächst kehrte Pfeleiderer für wenige Wochen ins Auswärtige Amt nach Berlin in die Kulturverwaltung zurück. Einige Monate verbrachte er dann an der Deutschen Botschaft in Paris. Schließ-

lich wurde er als Konsul in das nun polnische Kattowitz in Oberschlesien entsandt (1934–1936). Dort trat er auf Anraten Heinrich Brüning am 1. Oktober 1935, also noch während der Mitglieder-Aufnahmesperre im Inland, der NSDAP-Auslandsgruppe bei. 1937–1941 fand Pfeleiderer eine Verwendung in der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (1937–1941), die lediglich von einer erneuten halbjährigen Abordnung an die deutsche Botschaft nach Paris (1939) unterbrochen wurde. 1941 wurde er eingezogen und blieb bis 1942 als Rittmeister bei der Wehrmacht. Unter General Vincenz Müller, später Vize-Verteidigungsminister der DDR, nahm er als Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes am Russlandfeldzug teil und berichtete an das Auswärtige Amt nach Berlin den Umgang mit den besetzten Gebieten. Schwerpunkt dieser Berichte war die Beurteilung, inwieweit das Vorgehen von Wehrmacht und SS den außenpolitischen Zielen der diplomatischen Führung nutzen oder schaden konnten. Nach einer Gelbfieber- und Ruhrerkrankung in der Ukraine kehrte er zunächst ins Lazarett nach Deutschland zurück und nahm dann seinen Dienst im Auswärtigen Amt wieder auf. 1943 wurde er ins neutrale Schweden (Stockholm) als Generalkonsul versetzt. Im Auswärtigen Amt hatte er u.a. Adam von Trott zu Solz kennengelernt und schloss sich dem weiteren Kreis der Verschwörer des 20. Juli 1944 an, ohne dort zu den bestimmenden Figuren zu gehören. In Stockholm pflegte Pfeleiderer auch lose Verbindung zum sowjetischen Gesandtschaftsrat Wladimir Semjonowitsch Semjonow, der Informationen über die Lage und Entwicklung in Deutschland zu beschaffen suchte und um Möglichkeiten für einen Separatfrieden mit Deutschland zu eruiieren, nach dem 8. Mai 1945 blieb Pfeleiderer bis zur Abwicklung der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, wie einige andere Angehörige des konsularischen Corps. Nach seiner Rückkehr aus Schweden wurde er 1946 verhaftet und von den Briten in Neumünster interniert. Nach seiner Freilassung 1947 kehrte er auf das von seiner Schwester geführte Landgut Burg bei Beutelsbach im Remstal zurück.

Von 1948 bis 1949 war Pfeleiderer Landrat des Landkreises Waiblingen. Möglich wurde dies durch einen politischen Coup des einflussreichen Fraktionsvorsitzenden der großen Waiblinger DVP-Kreistagsfraktion, Albert

Hopf, der als ehemaliger Geschäftsführer der Demokraten (1919-1933) das politische Geschäft beherrschte. Der bisherige CDU-Landrat, Fritz Martin Ascher, wurde vor allem von den Sozialdemokraten bei der Landratswahl unterstützt. CDU, DVP und BHE votierten mehrheitlich für den ehemaligen Diplomat Karl Georg Pfeleiderer. Im Juli 1949 wurde Pfeleiderer – wohl durch nicht unerhebliches Zutun seiner Bundesbrüder Reinhold Maier und Wolfgang Haußmann – von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp zu einer Kandidatur für den Deutschen Bundestag überredet. Pfeleiderer zögerte zunächst, da er bei einer Nichtwahl Nachteile für seine Position als Landrat befürchtete, ließ sich dann aber durch Elly Heuss-Knapp und ihren Ausruf „Ein Mann muss auch einmal etwas wagen!“ – überzeugen. Am 14. August 1949 wurde er als parteiloser aber für die DVP nominiertes Kandidat direkt in den ersten Deutschen Bundestag nach Bonn gewählt. Während des Bundestagswahlkampfes 1953 wurde in der Waiblinger Zeitung folgendes Bonmot eines Wählers veröffentlicht: „Eigentlich ist Kamm mein Mann, weil er so gut saufen kann. Ich wähl' aber Pfeleiderer, denn der ist viel gescheiterer.“ Gottlob Kamm (SPD), ehemaliger Landesminister, galt 1953 als Pfeleiderers einziger aussichtsreicher Gegenkandidat unter den Direktkandidaten. Pfeleiderer wurde aber auch bei der zweiten Wahl zum Deutschen Bundestag wieder direkt gewählt.

Weit über seinen Wirkungsbereich hinaus wurde Pfeleiderer durch einen nach ihm benannten Plan bekannt, den er zum ersten Male bei einer Rede in Waiblingen am 6. Juni 1952 einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte. Nach diesem Plan sollten die in Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte auf beiden Seiten von Elbe und Werra zurückgezogen werden, und nur ein schmaler westlicher und östlicher Randstreifen Deutschlands sollte besetzt bleiben. „Zwischen diesen beiden besetzten Teilen Deutschlands“, so führte er aus, „würde ein dritter, der größte Teil liegen, der mit nationalen Streitkräften von festgelegter Stärke zu versehen wäre.“ Das war die erste konkrete Anregung einer militärisch entspannten Zone. Am 2. September 1952 forderte Pfeleiderer in einer Denkschrift ein gesamteuropäisches Sicherheitskonzept unter Berücksichtigung der Interessen der Sowjetunion mit einem hierin integrierten vereinigten Deutschland aber ohne die Gebiete jenseits der

Oder-Neiße-Grenze. In Bonner Regierungskreisen ertete der Vorschlag entrüstete Ablehnung. Drei Jahre später nahm der britische Premierminister Anthony Eden den gleichen Gedanken in seinem auf der Genfer Konferenz vertretenen Plan (1955) auf. Karl Georg Pfeleiderer hatte als Abgeordneter lange gehofft, er werde das Parlament zu einer wirkungsvollen Tribüne seiner politischen Anregungen machen können. Allerdings täuschte er sich, eine nachhaltige Resonanz blieb aus. Dazu fehlte ihm wohl auch die charismatische Begabung eines mitreißenden Rhetors. Auch die Kunst des Demagogischen war ihm nicht gegeben; im Gegenteil: er war ein argumentativer und differenzierter Grübler und scheute vor jeder Art von Vereinfachung zurück. Er wusste nur zu gut, wie leicht ein mühsam erarbeiteter Gedanke durch eine grobe Vereinfachung missverstanden werden konnte! Letztlich konnte er auch nicht zum Zentrum einer Gruppe Gleichgesinnter werden; er blieb ein Einzelkämpfer. Pfeleiderer behielt aber unbeirrt seine optimistische Überzeugung und glaubte unerschütterlich an die Macht der Idee und des Arguments. Er selbst empfand die Bindung politischer Entscheidungen an das Gewissen als eine ernstzunehmende Pflicht. Und deshalb schreckte er nicht davor zurück, auch harte Kritik gegen Feind und Freund herauszufordern, wenn es ihm um einen höheren Zweck unvermeidlich erschien. Ob mit Recht oder nicht – er stimmte aus Gewissensgründen als einziger Abgeordneter der FDP im März 1953 gegen den Deutschlandvertrag und gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die später am Widerstand Frankreichs zerbrach. Auch wer diese Entscheidung Pfeleiderers für falsch hält, sollte seine politische Courage und seine geistige Konsequenz respektieren; letztlich drängte ihn sein Mut in eine politische Vereinsamung, die er nicht leicht, aber tapfer ertrug.

Am 8. April 1954 unternahm er einen neuen Versuch in Richtung Wiedervereinigung: Er forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, fuhr sogar in eigener Verantwortung und ohne Rücksprache nach Ostberlin Karlshorst, um mit dem seit 1953 als Botschafter der UdSSR amtierenden Semjonow Gespräche zu führen. Seine Vorschläge und Reise nach Ostberlin führen zu einer schweren Krise mit den Unionsparteien, die beinahe den Bruch der Koalition zur Folge gehabt hätte. Seine Gedanken wurden zu dieser Zeit auch von Thomas Dehler aufgegriffen und später

von Erich Mende („Mende-Plan“) weiterentwickelt. Nun versuchte sich die FDP mit Pfeleiderers Ideen aus der zunehmenden Umklammerung der Adenauer-Alleinentscheidungen zu befreien. Die Pfeleiderer-Pläne aus den Jahren 1952-1954 wurden die Grundlage der von der FDP mitkonzipierten Neuen Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung. Pfeleiderer resignierte schließlich als Parlamentarier. Er war hauptsächlich ein nüchterner Realist, hier aber war er mit zu viel Idealismus an seine Aufgaben herangegangen. Er hatte die handfesten parlamentarischen Interessengegensätze falsch eingeschätzt. Pfeleiderer hatte schon vor 1948 die stille Hoffnung gehabt, eines Tages wieder in ein neues Auswärtiges Amt zurückkehren zu können. So war er sicher erleichtert, als Adenauer ihm 1955 einen Posten im diplomatischen Dienst anbot. Am 20. September 1955 legte er sein Bundestagsmandat nieder und trat erneut in den Auswärtigen Dienst ein. Zunächst war er als Botschafter in Moskau im Gespräch. Doch diese Mission eines so selbständig denkenden und von seinen Ideen so überzeugten Kopfes wäre sicher für Adenauer ein zu großes Risiko gewesen. So wurde Pfeleiderer schließlich auf den Botschafterposten nach Jugoslawien entsandt. Marschall Josip Tito hatte sich als Führer eines sozialistischen Staates von einer festen Umklammerung Moskaus freimachen können. Pfeleiderer wollte hier seine Ideen einer praktischen und blockfreien Ostpolitik, die den Fuß in der Tür nach Osten halte, in die Tat umsetzen. Ein vorsichtiger Optimismus prägte sein Urteil über die Möglichkeiten, die ihm in Belgrad gegeben waren. Der früher so mitteilsame Mann legte sich aber jetzt in seinen Äußerungen eine strenge und professionelle Zurückhaltung auf, zu der er sich durch Fairness und Loyalität gegenüber seinem Dienstherrn, Außenminister Heinrich von Brentano, verpflichtet fühlte. Adenauers Kalkül ging auf, Pfeleiderer verstummte öffentlich. Sicher vertrat er noch immer die gleiche Meinung wie damals als Abgeordneter, dass nämlich durch eine Entspannung der Atmosphäre – zumal zwischen Bonn und Warschau – die Bewegungsfreiheit beider Blöcke vergrößert werden könnte. Diese Ansicht vertrat er bis zu seinem Tod.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es im Sommer 1957 über die politischen Vorstellungen des Außenstaatssekretärs Walter Hallstein und seiner Haltung zur DDR. Aufgrund der Hallstein-Doktrin sollten die dip-

diplomatischen Kontakte zu Jugoslawien abgebrochen werden, weil Tito die DDR völkerrechtlich anerkannt hatte. Pfeleiderer war gegen diesen radikalen



Karl Georg Pfeleiderer und Josip Tito, Quelle: Archiv des Liberalismus

Schnitt des Verstummens und Ignorierens. Er reiste zum Rapport nach Bonn. Doch seine Kräfte reichten nicht mehr aus und er erlitt nach einer Unterredung mit Hallstein einen Herzinfarkt und wurde in die Klinik nach Bad Godesberg gebracht. Der Pflichtmensch Pfeleiderer arbeitete noch auf dem Sterbebett an Argumentationen gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Er verstarb am 9. Oktober 1957. Nur zehn Tage nach Pfeleiderers Tod wurde die westdeutsche Botschaft in Belgrad geschlossen. Pfeleiderer wurde so zum ersten Opfer der Hallstein-Doktrin.

Wilhelm „Willy“ Stahl (1903–1989)

von Jan Havlik



Wilhelm „Willy“, Stahl, Wahlplakat, Quelle: Bundesarchiv, Plak 005-017-012

Ein Begriff wie „politisches Urgestein“ mag heute schon abgedroschen klingen, aber es bezeugt aber auch immer den Respekt vor dem politischen Lebenswerk, das in den Verhältnissen vor Ort seinen Ursprung hat. Die Liberalen in Baden und Württemberg sind reich an solchen Charakterköpfen und es gilt, immer wieder an diese Menschen und ihr Lebenswerk zu erinnern. Ein herausragender Vertreter dieser Politiker, die das 20. Jahrhundert mitgeprägt haben, sehr bewusst miterlebt haben und teilweise auch miterleben mussten, war Wilhelm Stahl, der als langjähriger Bürgermeister der Schwarzwaldgemeinde Titisee und langjähriger Abgeordneter auf Landes- und Bundesebene vor allem in Südbaden noch gut bekannt ist.

1903 in Neustadt im Schwarzwald geboren, entstammte Wilhelm Jakob Heinrich Karl Stahl einer angesehenen Familie. Sein Vater war als angesehener Landarzt und überzeugter Nationalliberaler in der Gemeinde geachtet und im Gemeinderat von allen respektiert. Die Gegend des Schwarzwalds und auf der Baar war Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von großen ökonomischen Umstellungen geprägt. Baden erlebte – wie die meisten Teile Deutschlands auch – eine rapide Industrialisierung, die sich im südwestlichen Teil Deutschlands jedoch stärker in der Rheinebene abspielte. Für die Landbevölkerung im Schwarzwald bedeutete dies – bei gerade erst allmählich entstehendem Tourismus – dass die Land- und Forstwirtschaft in der Bedeutung abnahm und die Absatzmärkte schwanden. Gravierend war dies für allem für den Rückgang der Heimfertigung im Bereich Uhren und Feinmechanik, bei der die entstehenden großen Fabriken den Bauern diesen Zusatzverdienst zusehends beschnitten. Wilhelm Stahl selbst machte eine Ausbildung zum Forstwirt, die er jedoch aufgrund gesundheitlicher und finanzieller Schwierigkeiten mit seinem Elternhaus nicht beenden konnte. Ob er als Forstwirt wirklich glücklich gewesen wäre, darf bezweifelt werden. Er machte eine Ausbildung zum Buchhalter bei einer Papierfabrik im Schwarzwald und verstärkte sein Engagement in der Politik. Die politischen Verhältnisse in Baden nach dem Ersten Weltkrieg formierten sich in den Nachkriegsjahren erst allmählich. Es gelang jedoch, die Liberalen zu vereinen und diese zum Bestandteil der von Friedrich Naumann initiierten Deutschen Demo-

kratischen Partei zu machen. In der Jugendorganisation der DDP wirkte der junge Wilhelm Stahl erfolgreich mit und wurde schließlich 1927 zum Vorsitzenden der badischen Jungdemokraten gewählt. Aus den Reihen der erfahrenen Parteimitglieder wurde er respektiert und auf ihn wurden viele Hoffnungen gelegt. Die DDP wurde jedoch – wie alle Parteien der demokratischen Mitte – gegen Ende der Weimarer Republik immer mehr zwischen den politischen Extremen aufgegeben. Ein letzter Versuch, mit dem „Jungdeutschen Orden“ gemeinsam als „Deutsche Staatspartei“ zu überleben, musste scheitern. Am 15. Oktober 1933 war es Willy Stahl, der als vorläufiges Schlusswort der nun aufgelösten und verbotenen Liberalen „Fine!“ als letzten Eintrag in das Kassenbuch der badischen DStP schrieb.

Während des Nationalsozialismus war an eine Weiterarbeit der politischen Liberalen nicht zu denken. Der nationalsozialistische Gewaltstaat konnte zwar die offizielle Parteiarbeit verhindern, die Einstellung von Willy Stahl änderte er jedoch nicht. Er lehnte eine Mitgliedschaft in der NSDAP mehrfach – schriftlich und mündlich – ab und war Gegenstand der permanenten Beargöhnung lokaler Nazi-Größen. In seiner Stellung als Buchhalter in einem Hotel im Schwarzwald war er jedoch vor Übergriffen geschützt. Willy Stahl wurde zum Kriegseinsatz herangezogen. An der Ostfront erlitt er eine schwere Splitterverletzung und kam in ein Lazarett. Im Lazarettendienst verblieb er und kam schließlich als Sanitätsunteroffizier nach Titisee in ein Lazarett, das jedoch nach Luftangriffen nach Überlingen verlegt werden musste. Hier geriet Stahl in französische Kriegsgefangenschaft, die er jedoch als politisch Unbelasteter bald wieder verlassen konnte. Das Interesse an einer Wiedegründung der liberalen Partei in Baden war bei Willy Stahl bereits in den ersten Wochen nach Kriegsende wieder erwacht. Dies war vor einige Probleme gestellt, von dem das größte sicherlich die Reduzierung Badens auf ein halbes „Rumpf-Baden“, also dem französische besetzten südlichen Teil mit Freiburg als Hauptstadt war. Dazu kamen weitere Probleme, wie die mühsame Genehmigung von Parteigründungen durch die Franzosen sowie die Bestrebungen, eine Christlich-Soziale-Liberale Partei als Gegengewicht zu Kommunisten und Sozialdemokraten zu bilden. In dieser schwierigen Zeit war es Männern wie Willy Stahl zu verdanken, dass vor Ort alte Parteistrukturen wieder

belebt wurden und sich bekannte Liberale aus der Zeit vor 1933 wieder zusammenfanden. Es gelang ihm und einigen anderen schließlich, im Mai 1946 die Demokratische Partei (DP) Süd- und Mittelbadens zu gründen, die aus vielen Ortsvereinen bestand, aber landespolitisch ein Nachzügler war.

Willy Stahl wurde von den Franzosen in Titisee zum Bürgermeister ernannt und belebte die Partei vor Ort wieder. Versammlungen fanden bevorzugt nach den Sonntagsgottesdiensten statt, um möglichst viele Interessenten zu erreichen. Bei den ersten Landtagswahlen gewann die Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV), die Vorgängerin der CDU, die absolute Mehrheit. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten der SP bildete diese eine große Koalition, die DP bildete die Opposition. Willy Stahl zog als Abgeordneter der liberalen DP für den Wahlkreis Donaueschingen in den Freiburger Landtag ein. Die Arbeit des badischen Landtags beschäftigte sich mit vielen dringenden Fragen. Ein Thema zeichnete sich jedoch bald überragend ab: Die Bildung eines gemeinsamen Südweststaates. Hier war es Willy Stahl, der überzeugend und pragmatisch argumentierte: Größere Bundesländer wären effizienter und würden damit den Föderalismus stärken. Obwohl diese Meinung im Bundesland Baden die Minderheit darstellte, sollte er Recht behalten. In seiner Amtszeit als Bundestagsabgeordneter ab 1949 war Willy Stahl dennoch oder vielleicht gerade deshalb ein unbeugsamer Vertreter badischer Interessen. In seinem Wahlkreis Donaueschingen-Neustadt hatte die FDP bei der ersten Bundestagswahl das beste Wahlergebnis Badens errungen. Dies war sicherlich auch seiner bleibenden Popularität im Amt als Bürgermeister der Gemeinde Titisee zu verdanken, das er bis 1968 hoch geschätzt ausübte. Dort verstarb er 1989.

Willy Stahl war mit Sicherheit das, was man als echten „Graswurzeldemokraten“ bezeichnete. Dies zeichnet sich nicht nur in seinem unermüdlichen kommunalpolitischen Engagement ab, sondern war in seiner Biographie verankert: Ein Mann, der mit unbeugsamer Vernunft und praktischer Politik die Interessen der Menschen vor Ort auf allen politischen Ebenen wirksam vertrat. Dies machte ihn zu einem der führenden Köpfe der Liberalen im deutschen Südwesten.

Wolfgang Haußmann (1903–1989)

von Jan Havlik



Wolfgang Haussmann (rechts) mit Thomas Dehler (links), Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Jaeger

Zur erfolgreichen Durchsetzung liberaler Politik nach der Zeit der Zerstörung und des Unrechts zwischen 1933 und 1945 bedurfte es bekannter Persönlichkeiten wie Theodor Heuss und Reinhold Maier, aber es bedurfte vor allem als Grundlage einer Partei, die die Tradition der Liberalen und Demokraten im deutschen Südwesten aufnahm und gestaltete. Dass dieses möglich wurde, ist auf den Willen und den unermüdlichen Fleiß von Wolfgang Haußmann zurückzuführen, der die Tradition des Namens Haußmann mit der Tüchtigkeit als Parteivorsitzender und langjähriger Justizminister zusammenbrachte.

Wolfgang Haußmann, 1903 in Stuttgart geboren, entstammte einer, vielleicht sogar der bedeutendsten, liberalen Familie im Südwesten. Sein Großvater, Julius Haußmann, gehörte zu den Vorkämpfern für Demokratie und Verfassung in der Zeit des Vormärz um 1848. Wolfgang Haußmanns Vater war Conrad Haußmann, der als langjähriger Abgeordneter im Reichstag für die Demokraten Politik gemacht hat und der nicht zuletzt deshalb an führender Stelle bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung der ersten Republik auf deutschem Boden beteiligt war. Wolfgang Haußmann, der, wie Theodor Heuss später einmal bemerkte, „mit demokratischem Öl gesalbt“ war, wuchs in dieser stolzen Familientradition auf. Seit den 20er Jahren war er Mitglied der DDP in Württemberg. Nach dem Studium der Rechte in Tübingen ließ er sich als Rechtsanwalt und später Notar in Stuttgart nieder. Den Terror der Nationalsozialisten erlebte er, als er seiner ersten Frau, die wegen ihres jüdischen Glaubens interniert worden war, mit ihrer Familie in letzter Sekunde die Flucht aus einem Lager in Holland in die Schweiz organisieren konnte. Wolfgang Haußmann gehörte zu einem Kreis von Frauen und Männern, die sich in den letzten Kriegstagen das Ziel gesetzt hatten, das bereits stark geschädigte Stuttgart vor der letztendlichen Zerstörung durch fanatische Nazibefehle zu retten. Diese Gruppe, der auch der spätere langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett angehörte, erreichte dies, jedoch zahlte Wolfgang Haußmann dafür einen hohen Preis: Bei einer Fahrt in dieser Mission wurde er von französischen Truppen unter Beschuss genommen und durch einen Querschläger schwer am Bein verletzt. Diese Verletzung und die Tatsache, dass Haußmanns Haus in Stuttgart unversehrt und von den Besatzungstruppen nicht konfisziert worden war, machten es möglich, dass in der Stuttgarter Hohenzollernstraße die Idee zu einer Neugründung der liberalen Partei bereits 1945 in die Tat umgesetzt wurde. Bereits beim Dreikönigstreffen 1946 konnte so die landesweite Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP) beschlossen werden, die dann nach weiterem Aufbau mit der FDP zusammenarbeitete. 1952 kam aus den Reihen dieser liberalen Partei der erste Ministerpräsident des neu gegründeten Landes Baden-Württemberg, Reinhold Maier. So wichtig Haußmanns Wirken bei Organisation, personeller Ausgestaltung und inhaltlich klar liberaler und demokratischer Ausrichtung der FDP/DVP auch war, so wichtig ist aber

auch sein Wirken als langjähriger Justizminister mit einer beträchtlichen Amtszeit von 1953 bis 1966.

Unter Wolfgang Haußmann wurde 1958 die für die Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts weltweit wichtige und anerkannte Zentralstelle in Ludwigsburg eingerichtet. Diese Stelle konnte bisher an hunderten von Strafverfolgungsverfahren mitwirken und arbeitet bis heute. Für Wolfgang Haußmann war der Rechtsstaat das richtige Mittel, um den Nationalsozialismus mit rationalen und gesellschaftlich wirksamen Methoden aufzuarbeiten und als das offenzulegen, was er war: ein leidvolles Unrechtssystem, das Menschen zu Verbrechern machte und unter Verbrechen leiden ließ. Haußmanns Wirken als überzeugter Vertreter des liberalen Rechtsstaats führte ihn immer wieder als Experten in wichtige Bereiche. So war er daran beteiligt, das moderne Presserecht in Baden-Württemberg zu etablieren, das später zum Vorbild der heute geltenden Presserechtsordnung in Deutschland wurde. Auch bei der Strafrechtsreform und vor allem im Bereich neuer Methoden des Justizvollzugs wirkte Wolfgang Haußmann mit und brachte hier seine Erfahrungen als Anwalt und als demokratischer Politiker mit.

Wolfgang Haußmann gehört sicher zu den grundlegend wichtigen Persönlichkeiten in den Anfangsjahren der liberalen Partei. Der Name „Haußmann“ hat in Württemberg bis heute einen demokratischen Nachhall, nicht umsonst ist eine der längsten Straßen in der Landeshauptstadt nach dieser Demokratenfamilie benannt. Auch seiner Beharrlichkeit und seinem Fleiß haben wir es zu verdanken, dass Baden-Württemberg heute das „Stammland des Liberalismus“ genannt wird.

Theodor Eschenburg (1904–1999)

von Jan Havlik



Theodor Eschenburg, Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Es ist sicherlich für die Liberalen im deutschen Südwesten bezeichnend, dass es ihnen gelang, Menschen der praktischen und theoretischen Tätigkeit für Politik zu gewinnen. Dies war die berühmte Mischung, die Reinhold Maier als „Ebbes Beck und ebbes Dokter“ bezeichnet hat und es lohnt das Nachdenken, ob es der Einsatz für Demokratie und Freiheit war, die Menschen der Tat und des Geistes gleichermaßen anzog, oder ob es diese Menschen waren, die die Kraft der Freiheit stark machten. Vermutlich war es beides. Ein berühmter Vertreter der intellektuellen Welt der Nachkriegszeit, der bei den Liberalen und Demokraten seine politische Heimat gefunden hatte, war Theodor Eschenburg. Ihn als wahre Säule des deutschen Geisteslebens zu bezeichnen, ist nur wenig übertrieben. Theodor Eschenburg kam aus Norddeutschland. Er entstammte einer hochgestellten Lübecker Patrizier- und Offiziersfamilie und kam im Rahmen seines Studiums in der württembergischen Universitätsstadt, der „kleinen, großen Stadt“, wie sie Walter Jens mal bezeichnet hat, Tübingen,

mit dem Südwesten in Berührung. Hier studierte er Geschichte und Nationalökonomie und begann, sich für die liberale Politik zu begeistern. Diese Begeisterung machte er zu seinem Beruf und wurde Mitarbeiter des Reichsaußenministers und Reichskanzlers Gustav Stresemann, der in der Deutschen Volkspartei (ebenfalls als DVP abgekürzt, mit der Demokratischen Volkspartei in Baden-Württemberg aber nicht zu verwechseln!) die führende Rolle spielte. Stresemann hatte auch zu seiner Doktorarbeit ein Vorwort geschrieben. Nach dem Tod Stresemanns war Eschenburg nicht bereit, den zunehmend nach rechts verlagerten Kurs der DVP mitzutragen und trat aus dieser Partei aus. Er gehörte im Anschluss daran zu den Mitbegründern der sich neu formierenden Deutschen Staatspartei, der auch Theodor Heuss und Reinhold Maier angehörten. Gemeinsam mit diesen erlebte er das Ende der Weimarer Republik als erster Demokratie auf deutschem Boden. Seine Tätigkeit in der Politik machte ihn zu einem der profiliertesten Zeitzeugen dieser Zeit, ein Wissen, das ihn prägte und viel von seiner wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Demokratie ausmachen sollte. Zu seinem Lebenslauf gehörte auch die – wenn auch nur kurzfristige – Mitgliedschaft in der SS zu Beginn der Nazidiktatur. Er beschrieb dies in seinen Erinnerungen und unterscheidet sich damit von manchem Intellektuellen, der die Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation verschwiegen hatte. Während des Zweiten Weltkrieges war er als Geschäftsführer in einem Handelsverband. Politisch unverdächtig wurde er bald nach dem Ende des Weltkrieges wieder öffentlich tätig. Er übernahm in dem französischen Besatzungsland Württemberg-Hohenzollern das Flüchtlingskommissariat und wurde stellvertretender Innenminister bei Viktor Renner (SPD). Dieses Kabinett unter dem bekannten Staatsrechtler Carlo Schmid (SPD) hatte große Aufgaben, galt es doch, nicht nur die Not der Menschen zu lindern und mit der französischen Besatzungsmacht eine Lösung für den Aufbau zu finden, sondern auch, die Demokratie wieder zum Leben zu erwecken. Kennzeichnenderweise waren es intellektuell bestens geschulte Politiker, die sich mit der Alltagspolitik beschäftigten und denen der Wiederaufbau gelang. Es war Theodor Eschenburg eine Herzensangelegenheit, der Bevölkerung in Deutschland die Politik nach den traumatischen Erlebnissen des Untergangs der Weimarer Republik und der anschließenden Nazidiktatur näherzubringen. Für ihn war demokratische Politik nicht mit dem

Attribut der feigen Schwäche versehen, sondern bedurfte der geistigen und moralischen Untermauerung, um ihre Kraft entwickeln zu können. Ein Beweis dafür ist eine Schulung, die er gemeinsam mit vielen anderen Demokraten, darunter auch Theodor Heuss, Ende Juli bis Anfang August 1946 auf dem Schloss Comburg bei Schwäbisch Hall für aus den USA zurückgekehrte ehemalige Kriegsgefangene hielt. Theodor Eschenburg wurde zunächst Honorarprofessor und schließlich ab 1954 erster Ordinarius des neu gegründeten Lehrstuhls für Politikwissenschaften an der Universität Tübingen. Dies war die erste Einrichtung dieser Art in Deutschland. Er schaffte es, das Fach als eigenständige akademische Disziplin einzurichten und mit der wissenschaftlichen Ernsthaftigkeit und Methodik auszustatten, die bis zum heutigen Tag den Anspruch der Politikwissenschaft begründet. Theodor Eschenburg arbeitete bis ins hohe Alter bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ mit und begründete den liberalen Ruf dieser Zeitung mit. Sein Werk umfasst eine lange Bücherliste, wobei seine Erinnerungen unter dem Titel „Letzten Endes meine ich doch“ mehr sind als nur Autobiographie, sondern ein echtes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Sein Name hat bis heute unter den Politikwissenschaftlern einen herausragenden Ruf und es zählt zu den ehrenvollen Möglichkeiten der Tübinger Politik-Professoren, an dem Originalschreibtisch des renommierten Gründers Platz nehmen zu dürfen. Viele ehemalige Studenten erzählen heute noch von den brillanten Vorlesungen, die Eschenburg gehalten hat, unverkennbar in seinem hanseatischen Zungenschlag und in knapper, wissenschaftlich präziser Weise den wesentlichen Kern erfassend und lehrend. Manche erinnern sich auch noch, dass der bekannte Pfeifenraucher Theodor Eschenburg es fertigbrachte, seine Pfeife während seiner Vorlesungen in seiner Jackettasche jederzeit wieder einsatzbereit zu verwahren. Menschen wie Theodor Eschenburg gehören zu den geistigen Fundamenten der Bundesrepublik und es ist sicherlich mehr als eine große Ehre, seine Herkunft aus dem liberalen Lager zu kennen und zu benennen. Es zeigt auch das geistige Klima der Freiheit, das Großes ermöglicht und begünstigt.

Johann Peter Brandenburg (1905–1977)

von Jan Havlik



Johann Peter Brandenburg, Quelle: Archiv des Liberalismus, Audiovisuelles Sammlungsgut, F1-447

Was die Menschen vorfanden, wenn sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten, in ein halbwegs normales Leben zurückzukehren, hat viele geprägt und nicht wenige sind daran zerbrochen. Gerade in diesen ersten Monaten und Jahren waren Frauen und Männer daher besonders nötig, die für sich und für andere Verantwortung übernehmen konnten. Wir können diese Leistung heute in Stabilität und Wohlstand kaum noch bemessen. Unter den Vorbildern, die den Aufbau und die Verbesserung der konkreten Not in Pforzheim in Angriff nahmen, ist auch Johann Peter Brandenburg. Als Landes- und Kommunalpolitiker ist er vielen Menschen in bleibender Erinnerung. Das Stadtbild der „Pforte zum Schwarzwald“ wurde von ihm geprägt.

Johann Peter Brandenburg war 1905 in Kronenburg im deutsch-belgischen Grenzgebiet der Eifel zur Welt gekommen. Das Elternhaus Brandenburgs war in der Landwirtschaft und in der Kalkbrennerei tätig und trotz des bescheidenen Wohlstands war seine Kindheit von der familiären Enge als jüngstes von fünf Kindern geprägt. Brandenburg wollte nicht in den Familienbetrieb einsteigen und so studierte er, der schon als „ordentliches, fast pingeliges“ Kind beschrieben worden war, Rechtswissenschaften in Köln und promovierte in diesem Fach. Die Auflösung des Rechtsstaates unter den Nazis hat ihn wohl davon abgehalten, eine Laufbahn als Staatsjurist einzuschlagen und so war er ab 1935 in der Wirtschaft tätig. Seit 1942 war er in Pforzheim ansässig, wurde jedoch im Rahmen seiner dortigen Tätigkeit für die Junkers-Flugzeugwerke immer wieder in den letzten Kriegsjahren nach Leipzig und Warschau gerufen. 1945 kehrte er mit einem, wie er selbst beschreibt, „klapprigen Fahrrad“ nach Pforzheim zurück, das nach einem verheerenden Bombenangriff Ende Februar 1945 sehr stark zerstört worden war. Anfang Juli wurde Pforzheim von der französischen an die amerikanischen Besatzungsbehörden übergeben und es ging inmitten der Trümmer erst einmal darum, das Überleben der Bevölkerung zu sichern. Als politisch unbelasteter und in der Wirtschaft erfahrener Jurist wurde Brandenburg vom damaligen Oberbürgermeister Katz zum Direktor der Sparkasse ernannt. Diese neue Herausforderung zeigte gleich den Zustand des öffentlichen Lebens in Pforzheim: Im Büro des Sparkassendirektors standen auf dem Zementboden notdürftig aus einer darunter liegenden Gastwirtschaft organisierte Tische und Stühle und es regnete durch die Zimmerdecke. Brandenburg meinte dazu: „Zum Glück hat der Sparkassendirektor noch einen Schirm“ – eine Aussage, die angesichts der heutigen Finanzschirme einer gewissen Ironie nicht entbehrt. Anfang Oktober 1945 wurde Brandenburg zum kommissarischen Stadtkämmerer ernannt. Seit Anfang August war er Stadtrat der liberalen „Demokratischen Partei“. Der Gemeinderat beschäftigte sich in erster Linie mit der Schaffung der Lebensgrundlagen. Dass die „Deutsche Demokratische Partei“ mit Johann Peter Brandenburg als Vorsitzendem im Dezember 1945 in einer Turnhalle gegründet wurde, zeigt, dass es die Kunst der Improvisation war, die erfolgreiche Nachkriegspolitiker auszeichnen musste. 1946 wurde er zum ersten Bürgermeister in Pforzheim vom Gemeinderat gewählt.

1947 wurde Johann Peter Brandenburg vom Pforzheimer Gemeinderat schließlich zum Oberbürgermeister gewählt – ein Amt, das er bis 1966 innehaben sollte. Als wichtigstes Ziel seiner Amtszeit gab er den Wiederaufbau an. Es verwundert nicht, dass er aufgrund seiner Lebenserfahrung dabei in erster Linie an eine Absicherung der finanziellen und materiellen Möglichkeiten dachte, oder, wie er es ausdrückte: „In diesem Zeitpunkt wird der Aufbau eine Frage der Finanzierung sein, ob man es wahrhaben will oder nicht.“ Pforzheim bekam ein neues Gesicht, das sich in erster Linie an den Erfordernissen der Menschen orientierte. Diese pragmatische Art stand im Mittelpunkt und daran ließ Brandenburg keinen Zweifel, auch nicht in zum Teil heftigen Diskussionen um das Stadtbild. Während wir heute der Atmosphäre historischer Stadtbilder oftmals den Vorzug geben, darf man nicht vergessen, dass die Menschen in der damaligen Zeit schnell Unterkünfte benötigten und mit der neuen Architektur sollte auch eine moderne und helle Stadtgestaltung ermöglicht werden. Doch neben Schulen, Brücken und Wohnsiedlungen legte Brandenburg auch Wert auf die Wiederaufstehung des kulturellen Lebens und so ist es ihm zu verdanken, dass städtisches Theater, Orchester und Kammeroper zu einem offiziellen Stadttheater zusammengeschlossen wurden und bereits ab 1948 wieder den Spielbetrieb im großen Umfang aufnahmen. Die Pforzheimer waren mit ihrem Oberbürgermeister sehr zufrieden: 1954 wurde Brandenburg mit einem triumphalen Wahlergebnis im Amt bestätigt.

Brandenburgs Erfolg als Oberbürgermeister der Schwarzwaldstadt hing eng mit seinem erfolgreichen Engagement in der Landespolitik zusammen. Bereits 1946 wurde er Abgeordneter der liberalen DVP im Landtag des Bundeslandes Württemberg-Baden und setzte sich in dieser Zeit für die Gründung eines gemeinsamen Südweststaates ein. Im Landtag von Baden-Württemberg war er schließlich ab 1952 Abgeordneter. Seinen Sachverstand in der Rechts- und Kommunalpolitik konnte er beispielsweise bei der Erarbeitung der neuen Gemeindeordnung für das Land im Jahre 1955 einbringen. Das hohe Ansehen, das er im Landesparlament parteiübergreifend genoss, kann man daraus ersehen, dass er von 1956 bis 1964, also im 2. und 3. Landtag von Baden-Württemberg, als stellvertretender Landtagspräsident amtierte. Nach einem zum Teil mit fragwürdigen

Methoden geführten Wahlkampf war Brandenburg im November 1965 schließlich als Oberbürgermeister von Pforzheim abgewählt worden. Bereits 1964 hatte er auf eine Kandidatur als Landtagsabgeordneter verzichtet. Aber das war nicht der Weg in den politischen Ruhestand, sondern Brandenburg setzte sich in dieser politisch äußerst belebten Zeit politisch weiter für die liberale Sache ein. 1968 kandidierte er erfolgreich im Wahlkreis Freiburg für die FDP/DVP für den Landtag und im Zuge des Ausscheidens aus der Landesregierung der FDP 1966 war er es, der für personelle Kontinuität sorgte: Ab 1969 war er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landtag 1976 Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP-Fraktion und schaffte es, die FDP als Oppositionspartei immer sichtbar zu halten.

Auch Johann Peter Brandenburg vereint in seiner Person viele herausragende Eigenschaften, die den Erfolg der liberalen Nachkriegspolitik ausmachten: Er meisterte die Herausforderungen auf landes- und kommunalpolitischer Ebene und gab den Menschen zu dieser Zeit nicht nur das Gefühl, ihre Probleme anzupacken, sondern er belebte auch die Demokratie durch seine Bereitschaft, als Persönlichkeit im Aufbau des Gemeinwesens mitzuwirken.

Eduard Leuze (1906–1973)

von Jan Havlik



Eduard Leuze und Reinhold Maier, Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg / Jaeger

Was macht die Stärke des südwestdeutschen Liberalismus aus? Die Antworten, die man darauf geben kann, sind vielfältig, aber es tauchen darin immer wieder die gleichen Begriffe auf: Der südwestdeutsche Liberalismus steht für bürgerliche Politik im ganz eigentlichen Sinn: Es war Politik aus der gesellschaftlichen Mitte, von und für die „Volksmänner und –frauen“, die für mehr Rechte des im 19. Jahrhundert entstehenden Bürgertums einstanden und diese erkämpft haben. Ein Politiker in diesem Sinne aus Baden-Württemberg war der langjährige Reutlinger Abgeordnete und Wirtschaftsminister Baden-Württembergs, Dr. Eduard Leuze. In seinem Lebenslauf verbinden sich alle Elemente, die die Stärke der Liberalen in ihrem Stammland ausmachen.

Leuze wurde 1906 in einen evangelischen Pfarrhaushalt geboren und ging den Bildungsweg eines jungen Mannes aus bildungsbürgerlichem Hause: Er besuchte das Gymnasium in Tübingen und hatte eigentlich

vor, selbst auch evangelische Theologie zu studieren. Nach dem Besuch der evangelisch-theologischen Seminare in Maulbronn und Blaubeuren änderte er jedoch seine Ausbildungspläne und entschied sich für Rechtswissenschaften, die er in Tübingen, Berlin und Kiel studierte. Dem Studium ließ er eine Promotion zum Dr. jur. folgen. Dies war eine sehr gute Grundlage für seinen Einstieg in die Politik. Eine weitere Säule war sein gesellschaftliches Engagement, das in Reutlingen den Ursprung hatte, wo er seit 1933 als Rechtsanwalt tätig war. Bereits seit Anfang der 30er Jahre wirkte er beim Reutlinger Liederkranz mit und wurde schließlich Präsident des Uhland-Sängergaues. Diese Gesangsvereine waren weit mehr als biedere Musikstunden: Hier trafen sich seit dem 19. Jahrhundert Männer und Frauen auch zum politischen Meinungsaustausch. Gesangsvereine waren bei den Demokraten des 19. Jahrhunderts beliebte Treffpunkte für ihr Milieu. Bei den Sozialdemokraten hatten diese Funktion beispielsweise Arbeiter-Turnvereine. Solche Traditionen stammen noch aus der Zeit, als politische Parteien von der Obrigkeit kritisch betrachtet wurden. An sich unpolitische Kreise ermöglichten so eine politische Aussprache.

Nach seinem Einsatz als Soldat im Zweiten Weltkrieg ließ sich Leuze als Notar nieder. Reutlingen lag im französischen Besatzungsland Württemberg-Hohenzollern, das überwiegend ländlich geprägt war. Über seinen Einsatz in der Kommunalverwaltung wurde man politisch auf den jungen Reutlinger Juristen aufmerksam, er fand so seinen Weg in die DVP. Parlamentssitz dieses Landes war das ehemalige Kloster Bebenhausen bei Tübingen. Bei den Wahlen erhielt die CDU zwar jeweils die absolute Mehrheit, die Staatsregierung von Württemberg-Hohenzollern umfasste jedoch neben Ministern der CDU auch welche der SPD und der DVP, darunter bedeutende Köpfe wie etwa der berühmte Staatsrechtler Carlo Schmid (SPD) oder der spätere Bundesminister Eberhard Wildermuth. Eduard Leuze wurde Vorsitzender der DVP-Fraktion im Landtag in Bebenhausen. Nach der Gründung Baden-Württembergs brachten die Vertreter der Demokraten in Württemberg-Hohenzollern die Bereitschaft zur Mitwirkung an der neuen Landespolitik unter Ministerpräsident Reinhold Maier mit. Zum Naturell der Menschen zwischen Alb und Bodensee gehören aber auch Selbstbewusstsein und der unbedingte Wille, sich nicht von Stuttgart aus

drangsalieren zu lassen. Seinen Ausdruck fand das im Verhalten des FDP/DVP-Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern angesichts der Missbilligung der Koalition unter Ministerpräsident Maier, die aus SPD, DVP und dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bestand. Der Landesverband unter dem Vorsitz Leuzes weigerte sich zunächst, Teil des FDP/DVP-Landesverbandes Baden-Württemberg zu werden. Die bislang einmalige Folge war, dass beim Bundesparteitag der FDP in Bad Ems 1952 neben einem Landesverband Baden-Württemberg auch ein Landesverband Württemberg-Hohenzollern unter den Delegierten vertreten war. Dieser Dualismus konnte schließlich beigelegt werden, belegt aber die Eigenständigkeit, die für Eduard Leuze immer eine große Rolle spielte.

1952 rückte Eduard Leuze als Nachfolger des verstorbenen Eberhard Wildermuth in den Bundestag nach, wo er bis zum Ende dieser Legislaturperiode 1953 Abgeordneter blieb. 1956 wurde er Abgeordneter der FDP/DVP im Landtag Baden-Württembergs und zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Nach der Landtagswahl 1960 wurde er Wirtschaftsminister des Landes im CDU/FDP-Kabinett Kurt Georg Kiesingers. Leuze war neben seinen politischen und ehrenamtlichen Tätigkeiten immer in vielen wirtschaftsnahen Organisationen tätig gewesen, darunter gehörte er dem Präsidium der württembergischen Haus- und Grundeigentümer an, war Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer und Mitglied des Aufsichtsrates der Volkswagenwerke.

Eduard Leuze gehörte der Aufbaugeneration in der FDP/DVP Baden-Württemberg an, was nach einiger Zeit die Schwierigkeit mit sich brachte, dass er sich mit den aufkommenden, jung-progressiven Kräften in der FDP/DVP der 60er Jahre schwer tat. Er traute ihnen nicht. Zu den damaligen „Jungen Wilden“ gehörten Politiker, die auf ihren wilden Anfang eine bedeutende Karriere folgen ließen, darunter der junge Rechtsanwalt Martin Bangemann. Diese Lücke der Generationen riss dennoch tiefe Gräben und nach nur einem Jahr neuerlichen Fraktionsvorsitzes im Landtag trat Dr. Eduard Leuze 1969 von allen politischen Ämtern zurück und blieb als einfacher Abgeordneter bis 1972 im Landtag. 1973 verstarb er. Eduard Leuze hatte sich zwar als „konservativen Liberalen“ bezeichnet,

aber die Frage eines Übertritts zur CDU stellte sich ihm trotz des ihm offensichtlich nicht sehr sympathischen sozialliberalen Kurses der FDP in den 70er Jahren auf Bundesebene nie. Der Grund dafür lag sicherlich in der festen Verankerung im evangelisch-bürgerlichen Milieu, das er mit allen Facetten repräsentierte. Dazu kam, dass es ihm nach den schlimmen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg mit tiefster Überzeugung daran gelegen war, ein dem Humanismus verpflichtetes Land wieder aufzubauen und dafür alles einzubringen, was ihm sein Lebensweg mitgegeben hatte.

Walter Erbe (1909–1967)

von *Jochen Merkle*



Walter Erbe, Quelle: Archiv des Liberalismus

Heute ist es vor allem die Realschule im Tübinger Stadtteil Derendingen, die durch ihren Namen an Walter Erbe erinnert. 1968, bereits ein Jahr nach seinem überraschenden Tod beschloss der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen, diese Schule nach ihrem langjährigen Ratsmitglied zu benennen – keineswegs eine Selbstverständlichkeit für einen „einfachen Kommunalpolitiker“. Doch Walter Erbe war weit mehr als das.

Am 20. Juni 1909 als Sohn eines Reichsbahnbeamten und einer Esslinger Verlagsmitarbeiterin in der ehemaligen Freien Reichsstadt Reutlingen geboren, übersiedelte die Familie schon zwei Jahre später nach Stuttgart. Dort erhielt der Klassen-Primus am Karls-Gymnasium eine humanistische Ausbildung. Nach dem Abitur im Jahr 1927 entschied sich Walter für das Studium der Rechtswissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität in

Tübingen und schloss sich schon bald der akademischen „Turnerschaft Hohenstaufia“ an. Da er schon vom Elternhaus zu breitem Bildungsinteresse angehalten wurde, genoss er die Möglichkeiten der Weiterbildung, die ihm die württembergische Landesuniversität neben seinem eigentlichen Fachstudium bot. Dennoch zog es ihn hinaus aus der schwäbischen Heimat nach Berlin in das politische und kulturelle Zentrum Deutschlands, wo er sein Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität (heute Humboldt-Universität) fortsetzte, die damals europaweit den Ruf einer Elite-Hochschule hatte. Zwei Phänomene prägten die hauptstädtische Gesellschaft: die kulturelle Blüte in den „Goldenen Zwanzigern“ ebenso wie die Massenarbeitslosigkeit in Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929. In den Jahren bis 1933 musste Erbe den Niedergang der Weimarer Demokratie und den Aufstieg der Nationalsozialisten beobachten – ein Prozess, der ihn, wie viele andere liberale Demokraten, nachhaltig prägte. Im Jahr der Machtergreifung absolvierte er ein ausgezeichnetes Staatsexamen und erhielt aufgrund seiner Talente sogleich eine Anstellung als Hilfsassistent am Juristischen Seminar. 1938 schließlich wurde er, nach intensiven Forschungen auf dem Feld des römischen Rechts, zum gut besoldeten Assistenten und Leiter der Juristischen Bibliothek an der Universität ernannt. Im selben Jahr heiratete er Charlotte Drews und begann eine bemerkenswerte akademische Laufbahn: Nach der Promotion „summa cum laude“ zum Doktor der Jurisprudenz war er Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für Privatrecht und erwarb wiederum ein Jahr später die Habilitation als Voraussetzung für die Berufung als Ordinarius in Berlin und Jena. Die durch die Pendelei zwar anstrengende, aber zugleich auch reizvolle Tätigkeit an den beiden Hochschulen wurde 1944 jäh unterbrochen, als Erbe und seine Frau unmittelbar nach dem Attentat Stauffenbergs durch eine Denunziation wegen „Vaterlandsverrats und Wehrkraftzersetzung“ in Frankfurt/Oder inhaftiert wurden und vom Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler zum Tode durch den Strang verurteilt werden sollten. Nur aufgrund der vielfachen solidarischen und formaljuristischen Interventionen der Kollegen Erbes, konnte der Prozess verschleppt werden, bis Freisler schließlich selbst einem Bombenangriff zum Opfer fiel. Durch diesen glücklichen Umstand und das Zutun eines früheren Bundesbruders aus der Hohenstaufia gelangte das Ehepaar Erbe

frei. Doch auf die Entbehrungen der Haft und des Kriegselends folgten die Entbehrungen der Flucht, die das Ehepaar mit dem kleinen Sohn Michael auf sich nehmen musste, nachdem Walter als überzeugter Demokrat sich mit den sowjet-linientreuen Kollegen der Berliner Universitätsleitung überworfen hatte.

Und erneut halfen der Familie frühere Kontakte: Über die als Ministerpräsident und „Kultminister“ mit hohen Würden ausgestatteten liberalen Freunde Reinhold Maier und Theodor Heuss bekamen die Erbes einen Ausreisepass von General Clay, mit dem sie in die amerikanische Besatzungszone gelangten und von dort weiter nach Tübingen. So konnte er nun die Lehrtätigkeit an seiner Alma Mater aufnehmen, erhielt 1946 den Lehrstuhl für Bürgerliches und Römisches Recht, wurde Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses der Universität und 1948 sogar Rektor. Sachlichkeit, Menschlichkeit und Integrität als seine vornehmsten Tugenden prädestinierten ihn für diese Aufgaben, die er keineswegs nur als administrativ, sondern – nach den Exzessen der nationalsozialistischen Diktatur – durchaus auch als pädagogisch verstand. Die Fragen von Ethos und Humanität, politischer Gerechtigkeit sowie Recht als kulturellem Phänomen behandelte er fortan auch an zentraler Stelle in seinen Vorlesungen und Ansprachen.

Da er als noch junger Mann von gerade 39 Jahren mit dem Tübinger Rektorat und seiner Wiederwahl die höchsten akademischen Weihen erlangt hatte, entschied er, sich neben seinem Lehrdeputat verstärkt in der Politik zu engagieren. Darin folgte er einer Einsicht, die auch die Remstal-Liberalen Maier und Pfeleiderer beschreiben: das „Mit-Tun“ in der Gesellschaft möge ein erneutes Scheitern der Demokratie verhindern. Denn bereits seit 1948 war er für die Demokratische Volkspartei Stadtrat in Tübingen. Viele weitere Ehrenämter und Mandate von deutschlandweiter Bedeutung fielen dem renommierten Juristen aufgrund seines kulturpolitischen Sachverständnisses in den kommenden Jahren zu: 1951 wurde er Vorstandsvorsitzender des in Stuttgart ansässigen Instituts für Auslandsbeziehungen und erster Präsident der deutschen UNESCO-Kommission.

1952 wurde er Abgeordneter der Verfassungsgebenden Landesversammlung, die – nach den Volksabstimmungen über den Zusammenschluss der drei Länder – die Aufgabe hatte, als Legislative des neu geschaffenen Südwest-Staats eine Landesverfassung auszuarbeiten. Dabei war es insbesondere der Disput um die Ausgestaltung des Schulwesens mit der CDU, die die Erhaltung der Konfessionsschulen forderte, in der sich Erbe als leidenschaftlicher und souveräner Debattenredner hervortat und ihm in Anspielung auf seine Gestalt bald den Spitznamen „Kulturlöwe“ einbrachte. In den folgenden Jahren kümmerte sich Erbe als kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion um die Fragen liberaler Bildungspolitik, mithin der Schul-, Hochschul-, Wissenschafts- und Kunstpolitik während der Regierungen unter Maier und später Gebhard Müller. Dass dieses Zuständigkeitsfeld so weit gefasst war, zeigt, welchen breiten Kulturbegriff Erbe hatte. So formulierte er in seiner Rede über den Primat der Kulturpolitik: *„Die Kultur als der Raum des freien Dialogs freier Geister und als Quelle echter Kommunikation ist die entscheidende Grundlage des demokratischen Gemeinwesens überhaupt. Ihre Pflege ist deshalb ein zentrales Anliegen liberaler Politik.“* Doch trotz aller Expertise und parteiübergreifender Wertschätzung kam Erbe nicht zum Zug, als nach der Landtagswahl 1956 die Koalition fortgesetzt wurde und die FDP die Ministerien für Justiz, Finanzen und Wirtschaft geltend machte.

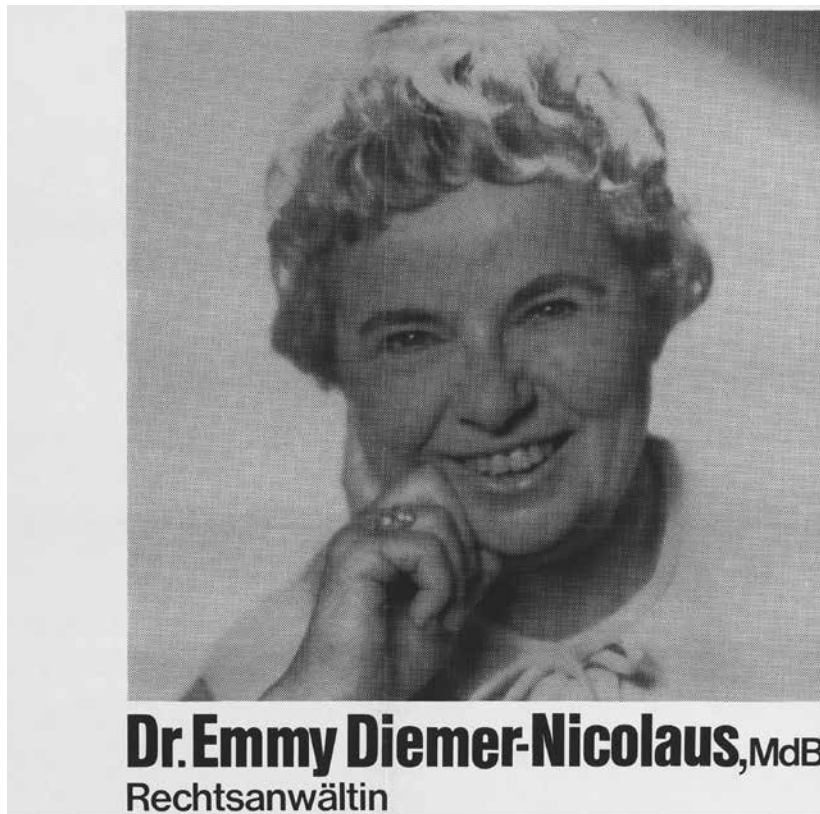
Er nahm als prominenter Parlamentarier weiterhin Einfluss auf die Kultuspolitik, vertrat sein liberales Programm aber auch außerhalb der Institutionen des Landes. So gehörte er 1958, gemeinsam mit dem damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss und dem Bundesvorsitzenden der FDP, Reinhold Maier, zu den Gründern der Friedrich-Naumann-Stiftung, deren Vorstandsvorsitz er auf Bitten der anderen Initiatoren übernahm. Die politische Bildung als Voraussetzung lebendiger Bürgergesellschaft war nun ein weiterer Aspekt seines Engagements geworden. Wie nur wenige andere verstand er es dabei, die Sphären der Politik, der akademischen Welt sowie der Zivilgesellschaft miteinander zu vernetzen. Aus den ersten Tagungen der Stiftung gingen auch Veröffentlichungen ihres Vorsitzenden hervor, beispielsweise über „Wege und Möglichkeiten der politischen Bildung“ (1959), „Die geistige und politische Freiheit in der Massende-

demokratie“ (1960), oder „Was bedeuten uns heute Volk, Nation, Reich?“ (1961). Nach den Jahren des institutionellen Aufbaus der Stiftung und ihrer Etablierung blieb er ihr als Stellvertretender Vorstandsvorsitzender eng verbunden. Dass er trotz seiner zahlreichen Verpflichtungen 1960 dennoch bereit war, sich auch im Tübinger Kreistag kommunalpolitisch zu engagieren, zeigt seine tiefe Überzeugung vom südwestliberalen Konzept der „Graswurzeldemokratie“.

Am 3. Oktober 1967 wurde er durch seinen frühen Tod mitten aus dem familiären Leben und seinen zahlreichen Aktivitäten gerissen. Er wurde unter großer Anteilnahme der Tübinger Bevölkerung und im Beisein politischer und akademischer Prominenz auf dem Stadtfriedhof beigesetzt – nur wenige Meter entfernt von seinem politischen Ahnen, auf den er drei Jahre zuvor noch eine Eloge gehalten hatte, den liberalen Demokraten, Dichter und Kulturwissenschaftler Ludwig Uhland.

Emmy Diemer-Nicolaus (1910–2008)

von Jan Havlik



Wahlplakat von Dr. Emmy Diemer Nicolaus, 1965. Quelle: Bundesarchiv, Plak 104-TA4343-006

Heute wissen wir, dass das Land starke Frauen braucht. Aber wusste man es auch in den Zeiten der Gründung unseres Bundeslandes vor 60 Jahren? Damals dominierte vielerorts noch die Auffassung von der Rolle der Frau, die sich unterzuordnen hatte. Frauen hätten sich um den Haushalt und die Familie zu kümmern, Bildung wäre für Frauen nicht wichtig und in der Politik hätten Frauen nach Auffassung vieler erst recht nichts verloren. Umso wichtiger waren Frauen, die es zu dieser Zeit auf sich nahmen, sich

politisch durchzusetzen und für die Gleichberechtigung einzutreten. Eine der großen „Gründermütter“ unseres Bundeslandes war eine Liberale durch und durch: Die langjährige Abgeordnete, anerkannte Juristin und selbstbewusste Kämpferin für die Anliegen der Frauen in einer offenen Gesellschaft, Emmy Diemer-Nicolaus.

Auch ihr Leben war voller Herausforderungen. 1910 wurde sie in Gießen geboren. Bereits mit 16 Jahren brach sie die Schule ab und verließ ihr Elternhaus, nachdem sie sich verlobt hatte. Nach dem frühen Unfalltod ihres Mannes war sie auf sich selbst gestellt. Sie nahm ihr Schicksal in die Hand und holte das Abitur nach. Dadurch konnte sie Jura und Wirtschaftswissenschaften studieren. 1937 legte sie ihr erstes Staatsexamen ab und zog mit ihrem zweiten Ehemann und ihrer Familie nach Stuttgart, wo sie bis zum Kriegsende bei der Württembergischen Feuerversicherung als Sachbearbeiterin beschäftigt war und neben Familie, Beruf und in der Kriegszeit 1944 auch noch ihr zweites juristisches Staatsexamen ablegte.

Eine Frau, die bereits so oft ihr Leben in die Hand nehmen musste, war bei den Liberalen gut aufgehoben. Wolfgang Haußmann brachte Emmy Diemer-Nicolaus 1946 zur neu gegründeten DVP und sie schaffte spontan den Einzug in den Stuttgarter Gemeinderat. Schließlich war sie ab 1950 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden, wo der Liberale Reinhold Maier als Ministerpräsident wirkte. Im Parlament brachte sie ihr juristisches Wissen ein und beeindruckte durch Kompetenz und Entschlussfreudigkeit, was in der Männer-Domäne der Politik immer noch nicht selbstverständlich war. Sie hatte bereits früh erkannt, dass die zwei Hälften, in die die Besatzungsmächte Baden und Württemberg geschnitten hatten, keine Dauerlösung sein konnte: „Das war weder im Sinne von Baden noch von Württemberg“, sagte sie einmal mit Hinblick auf die Autobahn Karlsruhe-Ulm, die die Grenze darstellte. Sie machte die Beobachtung, dass diese Grenzziehung nicht automatisch den Willen zu einem gemeinsamen Bundesland bestärkte, sondern viele kleine Einzelsüppchen kochen ließ. Dies war in Südbaden der Fall, wo der dortige Präsident Leo Wohleb (CDU) mit der französischen Besatzungsmacht die Südweststaatsidee hintertrieb, sowie in Südwürttemberg, wo vor allem die katholische

Kirche befürchtete, ihre konfessionell getrennten Schulen aufgeben zu müssen, aber auch in Nordbaden wuchsen die Sympathie für eine große Kurpfalz statt eines Südweststaates. Sie erkannte gemeinsam mit ihren Mitstreitern um Reinhold Maier, dass ein zukunftsfähiger Südweststaat nur mit energischen Schritten zu bewerkstelligen war. Die selbst zerrissene CDU fiel als Partner weg. Die Gründung Baden-Württembergs durch Reinhold Maier im April 1952 bezeichnete Emmy Diemer-Nicolaus noch Jahrzehnte später als „Coup“. Sie ergriff diese Chance und gestaltete die Ausarbeitung der Verfassung Baden-Württembergs mit im Rahmen ihres Landtagsmandates, das sie bis zu ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag innehatte. Hier war sie als Expertin für Haushalts- und Verfassungsfragen eine gefragte Frau. Sie traf auf eine Situation, in der Frauen ohne die Zustimmung ihres Ehemannes weder berufstätig sein durften und noch nicht einmal ein Bankkonto eröffnen konnten. Emmy Diemer-Nicolaus kämpfte erfolgreich für die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für berufstätige Mütter, für die Humanisierung des §218 und die Reform des Ehe- und Scheidungsrechts, was für Frauen existenzielle Sicherheit bedeutete.

Ein weiteres Kernstück ihrer Tätigkeit im Deutschen Bundestag war die Große Strafrechtsreform, die Mitte der 60er Jahre durchgeführt wurde. Emmy Diemer-Nicolaus war Mitglied im diesbezüglichen Sonderausschuss und 1963 bis 1965 stv. Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags. Dabei ging es bei diesen Vorhaben nicht nur um juristische Fachschiebereien. Die Reformen im Bereich der Gleichberechtigung der Frauen oder des Strafrechts waren Zeichen und Auswirkungen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Die Gesellschaft sollte ihre Starre verlieren, offener, transparenter und humaner werden. Dafür gingen nicht nur Studenten auf die Straße, dies benötigte auch Politikerinnen von der Qualität einer Emmy Diemer-Nicolaus, die überzeugend und unerschrocken diese Reformen mit Fachwissen begleitete. Emmy Diemer-Nicolaus war als langjähriges Vorstandsmitglied der FDP/DVP Baden-Württemberg und als unermüdliche Besucherin und Begleiterin der Landesparteitage und der Landespolitik bis in die hohen Lebensjahre eine Ideengeberin der FDP Baden-Württemberg. Mit der politischen Erfahrung von Jahrzehnten konnte sie viele Dinge relativieren und machte sie vor allem durch ihr eigenes

couragiertes Beispiel Mut. Sie starb am 1. Januar 2008 in Stuttgart, im Alter von 97 Jahren. In einem Interview vor zehn Jahren mit Hinblick auf die Lage von Gesellschaft und Politik stellte Emmy Diemer-Nicolaus die Frage: „Wird denn überhaupt noch zum Denken erzogen?“ – eine Frage, die sich in der heutigen Politik immer häufiger stellen lässt. Sie machte den Liberalen als große Vorkämpferin zeit ihres Lebens Mut. Aber das Denken – nein, das Denken wollte sie niemandem abnehmen.

Hermann Müller (1913–1991)

von Jan Havlik



Hermann Müller, Quelle: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Die Frage, warum der Südwesten immer wieder und völlig zurecht als „Stammland der Liberalen“ bezeichnet wird, hat sicherlich viel mit der parlamentarischen Kontinuität der liberalen Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg zu tun, aber eben auch mit dem Nährboden in der Kommunalpolitik. Beides ist gepaart mit einer liberalen und demokratischen Grundeinstellung, die den Menschen in unserem Land nahe ist. Den Menschen die Gedanken der Freiheit und Selbstverantwortung auf menschlich verbindliche Weise näherzubringen, dafür ist eine Biographie eines Mannes beispielhaft, an den sich viele in der FDP noch zurückerinnern: Dr. Hermann Müller, der ehemalige Landrat, Finanzminister und Ehrenvorsitzende der Südwest-FDP.

Hermann Müller wurde am 18. Juni 1913 in Jagstfeld im Kreis Heilbronn geboren. Wir können also 2013 seinen 100. Geburtstag feiern und dies

mit gutem Anlass, denn das Wirken Müllers zeigt viele Grundlagen erfolgreicher liberaler Politik. Müller sammelte nach dem Abitur erste Erfahrungen im kaufmännischen Bereich und schloss daran das Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg und Tübingen an, das er 1939 mit der Promotion zum Dr. jur. abschloss. Sein Weg führte ihn dann in den Verwaltungsbereich, bevor ihn das Schicksal vieler junger Männer seiner Generation ereilte und er zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Er geriet in britische Gefangenschaft, aus der er 1948 wieder zurückkehrte. Die Situation, in die junge Männer aus der Generation Hermann Müllers kamen, muss man sich vor Augen führen: Sie kehrten in eine Heimat zurück, die von Kriegsschäden gezeichnet war, in der die Menschen um das Überleben kämpften und neue Herausforderungen durch die Flüchtlingsströme buchstäblich vor der Haustüre standen. Vor allem musste dies alles vor dem Hintergrund einer staatlichen Struktur geschehen, die sich in den Jahren der nationalsozialistischen Unrechtherrschaft in vielen Bereichen selbst diskreditiert hatte. Dies war für junge und gut ausgebildete Frauen und Männer eine Herausforderung, aber auch eine Chance.

Hermann Müller kam aus politisch unbedenklichen Verhältnissen. Bereits sein Vater und sein Großvater waren für die Demokraten in Jagstfeld im Gemeinderat. Mit seiner Ausbildung und seinen ersten Tätigkeiten, die er in den Behörden vor dem Kriegseinsatz gemacht hatte, brachte Müller die besten Voraussetzungen für eine Tätigkeit in der Verwaltung mit. Er erklimmte die Behördenleiter schnell, bereits im Jahr nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft wurde er 1948 Regierungsassessor und stellvertretender Landrat und 1949 schließlich Landrat in Schwäbisch Hall. Dieses Amt bildete den Grundstock seines landes- und bundespolitischen Einsatzes. Landräte waren nach dem Zweiten Weltkrieg von entscheidender Bedeutung. Sie waren der Teil der Verwaltung, der von den Alliierten ausersehen wurde, den demokratischen Wiederaufbau zu beginnen. Bereits am 20. Juni 1945, also keine zwei Monate nach offiziellem Kriegsende, traf sich in Murrhardt die Konferenz der Landräte in der amerikanischen Besatzungszone, an der auch Reinhold Maier als Mitarbeiter des Gmünder Landrates teilnahm. Mit dieser Konferenz wurde nicht nur praktisch der

Grundstock für ordnungsgemäße demokratische Wahlen gelegt, sondern es war auch ein Zeichen dafür, dass die Amerikaner richtig gesehen hatten, dass man nach den demokratischen Traditionen im Südwesten am besten auf der kommunalen Ebene sucht – „Graswurzeldemokratie“ hat das Reinhold Maier später mal genannt.

Die Tätigkeit als Landrat machte Hermann Müller nicht nur zum hochkompetenten Verwaltungsfachmann, sondern gab ihm auch die Volksverbundenheit mit, die sicherlich ein Grundstock seines Erfolges war. Dazu gehörte auch, dass er leidenschaftlicher Wanderer war, der in jeder freien Minute seine Heimat zu Fuß erkundete und dabei die Menschen direkt ansprach und mit ihnen zu feiern verstand. Mit seiner Frau und seinen vier Kindern war er in der Region Schwäbisch Hall fest verwurzelt. So wundert es auch nicht, dass Hermann Müller die einzigartige Leistung gelang, den ländlich-kleinstädtisch geprägten Wahlkreis Schwäbisch Hall bei drei Wahlen (1960, 1964 und 1968) direkt für die FDP zu gewinnen. Er schaffte es, Schwäbisch Hall zu einem liberalen Leuchtturm zu machen und bis heute steht diese Region für starke liberale Wahlergebnisse. Seine starke Heimatbasis setzte Müller für die Liberalen an wichtigen Stellen auf Landesebene ein: Von 1960 bis 1966 war er Finanzminister des Landes Baden-Württemberg und das Land war damit in soliden und kompetenten Händen. Themen wie der Länderfinanzausgleich standen damals schon auf der Tagesordnung und es war ein energischer Kopf wie Hermann Müller, der dieses System ändern wollte – die Köche der finanziellen Konsenssuppe aus SPD und CDU wollten aber lieber zu Lasten Baden-Württembergs weiter lauwarme Kost, die verträglicher für finanziell überreizte Mägen war. Dass Hermann Müller in seiner Amtszeit als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP mit diesem Thema nicht nur Freunde in den eigenen Reihen bekam, sprach für seine soliden Überzeugungen. Hermann Müller führte die FDP Baden-Württemberg von 1967 bis 1971 als Landesvorsitzender und von 1973 bis 1983 als Landesschatzmeister. Hermann Müller wurde geehrt mit dem Großen Bundesverdienstkreuz, mit der Verfassungsmedaille und der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg und mit der Reinhold-Maier-Medaille. Er war Ehrenvorsitzender der FDP Baden-Württemberg bis zu seinem Tod 1991.

Der Grundstock für den Erfolg einer Persönlichkeit wie Hermann Müller ist sicherlich ähnlich wie bei anderen großen liberalen Männern und Frauen aus Baden-Württemberg: Verbundenheit mit den kleinen und großen Anliegen der Menschen, Verwurzelung in einem bürgerlichen Milieu, selbstbewusste Weltoffenheit und das Vertrauen auf die eigene Kräfte. Bei Hermann Müller finden wir aber auch etwas, was das Maier-sche Erfolgsrezept der Personalauswahl „Ebbes Beck und ebbes Dokter“ noch ergänzt: Kompetente und professionelle Verwaltung zum Wohle der Bürger.